

zeitung gegen den krieg

Nr. 19 Winter 2004/2005

München Februar 2005:
Münchener „Sicherheitskonferenz“ – eine Kriegstagung
Artikel, Aktionen und Aufruf auf den Seiten 4, 5, 11 und 12!

Friede ist die
Achtung vor dem
Recht des anderen.

John Reed (1887-1920)

Kriege, öffentlich vorbereitet!



von Winfried Wolf

Der Jahreswechsel 2004/2005 wirft dunkle Schatten auf den Weltfrieden. Ein gestärkter US-Präsident verschärft den Kurs auf Kriege. Die EU und der deutsche Kanzler treiben die Militarisierung voran. Bezahlt wird dies weltweit mit Tod, Elend und Sozialabbau. Der Februar 2005 wird mit der Münchner „Sicherheitskonferenz“ und einem neuen Arbeitslosenrekord zum symbolträchtigen Monat.

Kameraschwenk auf Washington: George W. Bush ist alter und neuer US-Präsident. Obgleich er die Kluft zwischen Reich und Arm vergrößerte und die US-Armee in einen Krieg ohne Perspektive trieb, stimmte die Mehrheit der Wählenden für ihn. Selbst in Michael Moores Heimatstadt Flint, geprägt von Trostlosigkeit und 20 Prozent Arbeitslosenquote, legte Bush zu. Kerry war keine Alternative; Kerry nicht gegen den Krieg. Drei erste Amtshandlungen sind prägend für Bushs zweite Amtsperiode: Zunächst präsentierte er die Hardlinerin Condoleezza Rice als Außenministerin mit den Worten: „In Dr. Rice wird die Welt die Stärke und Anständigkeit unseres Landes sehen.“ Als zweites ließ Bush seine US-Armee die 300.000 Einwohner-Stadt Falludscha verwüsten – Gefangene wurden kaltblütig erschossen. So viel zum Thema „Stärke und Anständigkeit“. Als drittes gestatteten er und Notenbankpräsident Greenspan einen Dollar-Verfall, mit dem die gefährliche Schuldenlast der USA finanziert werden soll. Nach Bushs Wahlerfolg schäumte an der New Yorker Börse der Champagner und stiegen die Profitwartungen von Ölbranche und Rüstungsindustrie.

Kameraschwenk auf Europa: Wenige Tage vor der US-Wahl wurde in Rom die Verfassung der Eu-

ropäischen Union unterzeichnet. Sie verpflichtet die EU-Mitgliedsstaaten zu kontinuierlicher Aufrüstung. Darüber hinaus definiert sie einen militärischen Kern der EU, der erste EU-Kriege als Vorhut führen soll. Bereits Ende November 2004 fiel der Beschluß zur Einrichtung erster EU-„battlegroups“ – Kampf- oder Schlachtgruppen mit einer Reichweite von 6000 Kilometern, die also weit außerhalb des EU-Gebiets eingesetzt werden sollen. Unter den ersten Schlachtgruppen befindet sich eine deutsch-österreichisch-tschechische – als wolle man zynisch den Auftakt des letzten großen Krieges zitieren – den „Anschluß“ Österreichs und die Okkupation der Tschechischen Republik.

Derweil kritisiert Kanzler Schröder, „daß man staatliche Leistungen mitnimmt, wo man sie kriegen kann“. Er will diejenigen, die Lohn- und Sozialabbau erleben, mit Nationalismus wärmen: „Den Menschen muß bewußt werden, daß Deutschland eine neue Rolle spielen muß.“ Die eigentliche Beschörung kommt mit Hartz IV eine Woche nach Weihnachten: Ab dem 1.1.2005 werden 500.000 Menschen, die bisher Arbeitslosenhilfe erhielten, keine staatliche Unterstützung mehr bekommen; 1,5 Millionen bisherige Arbeitslosenhilfe-Beziehende werden auf Sozialhilfe-Niveau gesenkt. Im Februar 2005 wird die Arbeitslosenzahl erstmals seit 1932 die 5-Millionen-Marke übersteigen.

Die Politik von EU und Bundeskanzler kennt auch Profiteure: Die deutsche Rüstungsbranche hat prall-volle Auftragsbücher. Die BRD-Konzerne und Banken erleben eine Explosion der Profite.

Kameraschwenk auf München: Militärs, Politiker und Vertreter des militärisch-industriellen Komplexes aus Nordamerika und Europa werden sich hier im Februar zur „Sicherheitskonferenz 2005“ treffen.

In aller Öffentlichkeit wird über neueste Waffen und nächste Kriege parliert. Vielfach wird es Einigkeit geben: Noch gibt es in Afrika und Asien manches kollegial aufzuteilen. Die Frage lautet: Gibt es noch den alten Streitpunkt Irak? Die Antwort heißt: Nein und Ja.

Nein, weil die EU-Militärs für den US-Krieg im Irak offen Hilfe leisten. Berlin liefert der irakischen Armee Lkw und Panzer. Im November 2004 hat der „Pariser Club“ (was in erster Linie die EU-Staaten sind) dem Irak Schulden in Höhe von 33 Milliarden US-Dollar erlassen. Das kommt nicht der irakischen Bevölkerung, sondern allein dem dortigen Besatzungsregime der US-Regierung zugute. Eichel und Schröder sind klamm, wenn es um Arbeitslose, Studis und Rentner geht. Doch sie schenken in Milliarden-Höhe, wenn die US-Militaristen um Kriegsunterstützung bitten.

Die Antwort auf die Frage zum Streitpunkt Irak lautet jedoch auch Ja: Der Disput zwischen USA und Europa setzt sich unerschütterlich fort. „BND warnt vor Zerfall des Irak“. So lautete die Titelschlagzeile der „Financial Times Deutschland“ am 8. Oktober 2004. Der Chef dieses deutschen Geheimdienstes, August Hanning, äußerte: „Der Irak ist ein Flächenstaat mit unterschiedlichen Volks- und Religionsgruppen.“ Sein Zusammenhalt sei angesichts der realen militärischen Lage „schwer zu sichern“. Tatsächlich spekulieren einige deutsche Kreise auch auf eine Niederlage der US-Armee im Irak. Die Rede ist von einer möglichen Dreiteilung des Landes – in einen schiitischen Süden, ein sunnitische Zentrum und einen kurdisch bestimmten Nordirak. Käme es zu letzterem, dann würde die türkische Armee intervenieren und dieses Gebiet besetzen – womit auch das ölfreiche Gebiet um Kirkuk in die Reichweite der türkischen Armee kommen

würde (siehe Seite 9).

Kaum tat sich die Perspektive einer Niederlage der US-Armee im Irak auf, betonten deutsche und EU-Politiker, die Türkei müsse EU-Mitglied werden. So wie 1999 Außenminister Fischer pervers-perfide erklärte, „wegen Auschwitz“ müsse man Krieg gegen Jugoslawien führen, so erklärt er nun, „wegen Völkerverständigung“ müsse die Türkei EU-Mitglied werden und würden deutsche Panzer dorthin exportiert. Tatsächlich ging und geht es um geostrategische und militaristische Ziele. EU-Politiker und EU-Militärs haben das klassische Kriegsziel: Kontrolle des entscheidenden und immer knapper werdenden Rohstoffs Öl. Im übrigen gilt: Wenn die Integration der Türkei in die EU in Anatolien Millionen weitere Arbeitslose schafft und in der EU das Sozialdumping verschärft, dann deckt sich das durchaus mit den Interessen derjenigen, die von Rüstung und Krieg profitieren.

Kameraschwenk auf den 15. Februar 2003: An diesem Tag gab es die bisher größte Demonstration in der Menschheitsgeschichte – gegen den drohenden Irak-Krieg. Die dunklen Schatten, die damals auf dem Weltfrieden lagen, und die heute wieder auf diesem liegen, dürfen uns dies nicht vergessen machen. Das Wissen um unsere potentielle Stärke und um die öffentliche Vorbereitung der kommenden Kriege verpflichten uns, das zu tun, wozu Bertolt Brecht 1952 in einem Appell an den „Völkertag für den Frieden“ aufrief: „Der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zer schlagen werden.“

Frau Condoleezza Rice!

Sie haben Colin Powell im US-Außenministerium abgelöst, offensichtlich weil George W. Bush in seiner zweiten Amtsperiode einen noch härteren Rüstungs- und Kriegskurs fahren will. In Ihrer ersten Stellungnahme nach der Ernennung sagten Sie, US-Präsident Bush habe „Millionen aus der Tyrannei befreit“. Tyrannei war das Folter-Regime im US-Gefängnis Abu Ghraib! Bereits am 6. Oktober 2003 machte Bush Sie zur Verantwortlichen für die US-Operationen im Irak. Laut US-Tageszeitung „US Today“ (18.6.2004) sandten Sie als Sicherheitsberaterin Ende 2003 eine hochrangige Mitarbeiterin aus Ihrem Stab ins Abu Ghraib-Gefängnis. Laut Zeugenaussagen wurde seither auf die Verhörspezialisten Druck ausgeübt, um „mehr verwertbare Informationen“ aus den Gefangenen „herauszuholen“. Offensichtlich sind Sie und damit Ihr alter und neuer Boss mitverantwortlich für die Tyrannei – in Abu Ghraib.

Herr Peter Struck! Sie tön-

ten anlässlich des Abu Ghraib-Skandals: „Ein deutscher Soldat foltert nicht.“ In Coesfeld und in anderen Bundeswehr-Kasernen wurde offensichtlich foltern geprobt und teilweise praktiziert – Stromstöße inklusive. Alles „Einzelfälle“? Tatsächlich agierten Sie als Schreibtischtäter! Der Ihnen unterstellte Historiker, Professor Michael Wolffsohn, hat im Mai 2004 bei „Maischberger“ gesagt, „Folter als eines der Mittel gegen Terroristen“ sei „legitim“. Sie haben Wolffsohn am 18.5.2004 zu einem „klärenden Gespräch“ geladen. Doch Wolffsohn blieb bei seinen völkerrechtswidrigen Positionen – und Sie zogen keine Konsequenzen. Der Mann kann also mit Ihrem Einverständnis weiter Bundeswehr-Offiziere lehren, daß Folter gegen Terroristen „legitim“ sei. Damit geben Sie grünes Licht. Was oben gelehrt wird, wird unten praktiziert: Am 8. und 9. Juni 2004 begannen in Coesfeld die Folter-Praktika.

Herr Jörg Schönbohm!

Sie sagten im „Spiegel“: „Im Mittelalter sind Ghettos gegründet worden, um Juden auszugrenzen. Heute hat ein Teil der bei uns lebenden Ausländer selbst Ghettos gegründet, weil sie uns als Deutsche verachten. Wer zu uns kommt, muß die deutsche Leitkultur übernehmen!“ Damit haben sie in drei Sätzen einen unhistorischen, unerträglichen Vergleich gezogen, kollektiv Menschen ohne deutschen Paß verleumdet und sich als Herrenmensch präsentiert. In Ihrem Bundesland Brandenburg wurde die DVU mit solchen Stammtisch-Hetzereien groß.

Editorial

Liebe ZgK-Leserin, lieber ZgK-Leser, die Umstrukturierungen, die wir bei der letzten Ausgabe der „Zeitung gegen den Krieg“ vornahmen, waren erfolgreich: Wir mußten von ZgK 18 zwei Auflagen drucken; erstmals seit vier Ausgaben deckten die Einnahmen wieder die Kosten. Mit dieser Nr. 19 erscheinen wir erstmals im größeren („Berliner“) Format und mit einem neuem Layout, das Joachim Römer entwickelte. Damit reduziert sich die Seitenzahl von 16 auf 12; die Textmenge ist jedoch um rund 20 Prozent größer als bei der 16-seitigen ZgK im alten, kleineren („halben rheinischen“) Format (140.000 Zeichen je Ausgabe anstatt zuvor 115.000). Für die neue ZgK wählten wir eine lesefreundlichere Gestaltung, die unter anderem Raum schafft für eine Vielzahl zusätzlicher Kurznachrichten. Damit erhöhten sich die Anforderungen an die redaktionelle Arbeit deutlich, was teilweise durch das größere Redaktionsteam und eine breitere Fächerung der Autorenschaft aufgefangen wurde.

Im Rahmen der Professionalisierung arbeiten wir erstmals mit einer linken Fotoagentur zusammen; wir danken der Arbeiterfotografie für die Unterstützung (www.arbeiterfotografie.com).

Die „Zeitung gegen den Krieg“ erscheint seit der letzten Ausgabe mit einer breiter angelegten Herausgeberschaft (siehe Impressum). Mit dieser Ausgabe konnten darüber hinaus das RüstungsInformationsbüro (RIB e.V.), Freiburg, und der „Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog“ neu als „unterstützende Gruppe bzw. Organisation“ hinzugewonnen werden.

Schließlich ist die gute Zusammenarbeit mit den Freundinnen und Freunden in München, die die Mobilisierungen gegen die Münchner Sicherheitskonferenz vom Februar 2005 trugen, hervorzuheben. Siehe deren Beiträge insbesondere im ZgK-spezial auf den Seiten 4 und 5. Mit antimilitaristischen und solidarischen Grüßen aus der Redaktion

Andrea Marczinski · Wolfgang Pomrehn Winfried Wolf

Impressum

Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG (ZgK) wird herausgegeben von Uwe Hixsch (Ihlow), Ulrich Sander (Dortmund), Monty Schädel (Neubrandenburg), Hans-Jochen Vogel (Chemnitz), Laura von Wimmersperg (Berlin) und Winfried Wolf (Wilhelmshorst).

Die ZgK erscheint im Büro für Frieden und Soziales – BFS e.V., Wilhelmshorst.

Redaktion: Andrea Marczinski, Wolfgang Pomrehn und Winfried Wolf.

Unterstützende Personen, Parteien, Initiativen und Organisationen: Antikriegsforum Ludwigshafen; bundesweite attac-AG Globalisierung und Krieg; Friedensbündnis Karlsruhe; Jochen Traut für den Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog (in und bei der PDS); Sozialistische Linke, Karlsruhe; Peter Strutyński als Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag; Initiative Vereinigte Linke; Nordbremer Bürger gegen den Krieg; Peter Gingold und Werner Pfennig als Bundessprecher der VVN/BdA; PapyRossa Verlag Köln; RüstungsInformationsbüro (RIB e.V.), Freiburg; Sozialistische Zeitung, Köln; PDS (ParteiVorstand).

Titelgrafik/Gestaltung und Layout: Joachim Römer

Redaktions- und Vertriebsadressen:

Postanschrift: BFS e.V., An den Bergen 112, 14557 Wilhelmshorst e-mail: zeitung-gegen-den-krieg@gmx.de Fax: 033205-44685

Bestellpreise und Konto: Der Versand erfolgt auf Bestellung zu den folgenden Abnahme-Preisen:

- ☐ von 1 bis 50 Ex. zu 25 Cent je Ex.
☐ von 51-499 Ex. zu 20 Cent je Ex.
☐ ab 500 Ex. zu 13,5 Cent je Ex.

Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung.

Abos/Förderabos: (ideal zum Weiterverteilen im Freundes- und Bekanntenkreis): Jeweils vier Ausgaben der ZgK in Folge (= in der Regel ein Jahr):

- ☐ bei Bezug von jeweils einem Ex. = 16 Euro
☐ bei Bezug von jeweils zwei Ex. = 18 Euro
☐ bei Bezug von jeweils drei Ex. = 20 Euro
☐ bei Bezug von jeweils vier Ex. = 22 Euro
☐ bei Bezug von jeweils fünf Ex. = 24 Euro.

Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG finanziert sich in erster Linie über Spenden und Unkostenbeiträge durch Friedensinitiativen und Einzelpersonen. Der BFS e.V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein; Spenden sind entsprechend steuerlich abzugsfähig.

Konto: BFS e.V. · Mittelbrandenburgische Sparkasse, BLZ 160 500 00 · KtoNr.: 352 700 1866.

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Winfried Wolf ISSN 1611-2881

Seit Frühjahr 2004 gibt es eine Debatte zum Thema Folter mit einer deutschen Dimension. Nicht nur Argumente zur Verteidigung von Folter sind verheerend. Auch einige Behauptungen, die Folter „erklären“ wollen, bagatellisieren den Tabubruch.

Argument Nr. 1:

Bei Folter handelt es sich um eine Reaktion auf den neuen internationalen Terrorismus.

Tatsächlich handelt es sich vor allem um einen Rückfall in vergangen gebliebenen Zeiten. Folter galt in der abendländisch-christlichen Tradition Jahrhunderte lang als „normales“, klassisches Repressionsinstrument der Herrschenden. Die „Tortur“ oder „peinliche Befragung“ wurde ab dem 14. und bis zum 17. Jahrhundert ungehemmt durch die „Heilige Inquisition“ der Katholischen Kirche angewandt und – u.a. durch die Kolonisierung in Afrika, Asien und Amerika – internationalisiert. Unter dem Einfluß der Aufklärung wurde Folter offiziell abgeschafft – in Preußen 1740, in Österreich 1776, in Bayern 1806. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Folter grundsätzlich als völkerrechtswidrig eingestuft. Nach dem Genfer Abkommen zum Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten und dem „Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe“ meint Folter die „vorsätzliche schwere körperliche oder psychische Mißhandlung einer Person durch staatliche Organe oder durch mit staatlicher Billigung tätig werdende Personen, wobei ein vorbedachtes und gewolltes Handeln“ unterstellt wird. Hinsichtlich der Schwelle, ab wann Quälereien als Folter zu bezeichnen sind, betonte u.a. der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Umstände des Einzelfalls. Als typische Folterakte wurden bezeichnet die Praxis von Scheinhinrichtungen, Untertauchen in Wasser bis zur Todesangst, Vergewaltigungen und ähnliche sexuelle Übergriffe in Vernehmungssituationen, schwere Schläge und Elektroschocks, aber auch eine dreimonatige Isolationshaft mit verbundenen Augen und derart starker Fesselung, daß gesundheitliche Schäden zurück blieben. Nach den „Verbrechen gegen die Menschheit“ gibt es kaum ein anderes Vorgehen, das im internationalen Recht derart absolut als Verbrechen und als völkerrechtswidrig eingestuft wird. Terrorregime wie dasjenige der Nazis waren es, die die Folterpraxis mit einem Zurück hinter das Zeitalter der Aufklärung erklärten. Der maßgebliche NS-Jurist Carl Schmitt schrieb 1934: „Wir denken die Rechtsbegriffe um. Wir sind auf der Seite der kommenden Dinge.“

Argument Nr. 2:

Folter wird angewandt, um Informationen zu erzwingen – entsprechend der Maxime: „Der Zweck heiligt die Mittel“.

Die Folterer der US-Army in Guantánamo Bay, Kuba, und in Abu Graib, Irak, argumentierten, sie müßten Informationen im Kampf gegen den Terrorismus erlangen, um Menschenleben zu schützen. Auch der Polizeivize in Frankfurt/M., Daschner, argumentierte, es habe gegolten, das höhere Gut des Lebens eines entführten Kindes zu retten. Tatsächlich sind unter Folter erzwungene Informationen meist wertlos und oft kontraproduktiv. Folter ist in aller Regel etwas anderes: Teil der Entsolidarisierung und Brutalisierung der Gesellschaft, Teil des umfassenden Abbaus demokratischer Rechte und Mittel der Einschüchterung und der Repression. Zu den 600 US-Gefangenen in Guantánamo Bay, die mit dem Begriff „enemy combatants“ (etwa: feindlich-

Argumente zur Debatte um Folter



che Kombattanten) zu Außergesetzlichen erklärt wurden, hieß es bereits in einem CIA-Bericht vom September 2002: „Viele der beschuldigten Terroristen waren unbedeutende Neulinge oder gar Unschuldige, die im Chaos des Krieges mit eingesackt wurden.“ Ein wichtiger Nenner dieser Gefangenen: Fast alle sind muslimischen Glaubens – und bieten sich so als Zielscheibe rassistischer Gewalt an. Die Foltermethoden, die in Abu Ghraib praktiziert wurden, dienten vor allem der Erniedrigung der Gefangenen – durch Hundeleinen, durch erzwungene Onanie, durch Nacktheit und durch erzwungene Verhöhnung des Islams. Die Menschenrechtlerin Garreth Peirce sieht einen Zusammenhang zu den neuen Zeiten imperialistischer Herrschaft: „Es scheint eine neue Weltordnung zu geben, die Hinnahme totaler Illegalität. Nach dem Zweiten Welt-

krieg kamen all die großartigen Verträge – die Genfer Konvention, die Ächtung der Folter – und alle werden sie nun in Fetzen gerissen.“

Argument Nr. 3:

Bei Folterern handelt es sich um durchgedrehte brutale Leute auf den unteren Ebenen.

Tatsächlich wird die Folterpraxis in aller Regel von oben befohlen, gerade auch weil sie meist in Systemen (z.B. im Militär, bei der Polizei) stattfindet, die stark hierarchisch ausgerichtet sind. Es war US-Verteidigungsminister Rumsfeld, der in einem Erlaß vom 2.12.2002 zur Foltermethode endloses Stehen eigenhändig die Verschärfung mit den Sätzen anordnete: „Ich pflege täglich acht bis zehn Stunden zu stehen. Warum Begrenzung auf vier Stunden?“ In Frank-

furt/M. forderte der Polizeivize die Androhung und Anwendung von Folter. In Abu Ghraib waren Ärzte, also Autoritätspersonen, bei Folterungen anwesend. Der Frankfurter Polizei-Obere forderte laut Zeugnisaussagen „Folter im Beisein einer Ärztin“.

Argument Nr. 4:

Es handelt sich primär um ein Phänomen, das die Weltmacht Nr. 1, die USA, betrifft.

Tatsächlich wird der Weg zurück zur mittelalterlichen Folter überall dort angetreten, wo das Völkerrecht, das beispielsweise Angriffskriege verbietet, gebrochen wird. Das US-Militär gab Folterlehrgänge im Kalten Krieg – so mit sieben Lehrbüchern in spanischer Sprache, mit denen vor allem lateinamerikanische Folterer ausgebildet wurden. Die neue Folter-Praxis wurde mit dem Afghanistan-Krieg 2001 eingeleitet. Das Folter-Massaker von Dascht e-Leili, bei dem mehr als 1000 Taliban in verschlossenen Containern verdursteten, hatte Dämme gebrochen; trotz einer breiten Berichterstattung in „Newsweek“ kam es nie zu einer offiziellen Untersuchung. Guantánamo und Abu Ghraib folgten. Seither wird auch in anderen westlichen Armeen die Folter-Praxis gerechtfertigt.

Der dänische Oberstleutnant Poul Dahl, damals Berater des dänischen Verteidigungsministers, erklärte im Mai 2004, daß wir „manchmal Methoden und Techniken im Verhör anwenden (müssen), die unter das fallen, was man Folter nennt.“ In der Bundeswehr gibt es inzwischen eine längere Geschichte von Folterübungen und Folter-Rechtfertigungen. Die jüngst dokumentierten Mißhandlungen in der Kaserne von Coesfeld stehen in einer unseligen Tradition: In den achtziger Jahren wurde in der Internationalen Fernspähschule in Weingarten (Oberschwaben) bereits der Härtelehrgang „Resistance to Interrogation“ durchgeführt, bei dem, so ein ehemaliger Ausbilder, „wir Methoden lernten, die wir später auch selbst anwenden konnten“. 1997 wurde ein Folter-Video publik, das in der Bundeswehr-Kaserne von Hammelburg gedreht wurde. Der verantwortliche Stabsunteroffizier hatte zuvor vom stellvertretenden Kompaniechef eine förmliche Anerkennung wegen seines „Ideenreichtums“ erhalten. 2001 hatte ein Oberleutnant an der Bundeswehr-Universität in München eine „Ausbildungshilfe mit Foltermethoden“ verfaßt. Er wurde degradiert. Doch an der gleichen Hochschule lehrt Professor Wolfsohn, der ebenfalls die Folter rechtfertigt, weiter. (Siehe Seite 1).

-Anzeige-

Advertisement for PapyRossa Verlag featuring various book covers and titles such as 'Menschen im Krieg', 'Die Welt ist ein Gefängnis', and 'Der Zweck heiligt die Mittel'.

Ein Staat Palästina braucht Souveränität

Interview mit
Viola Raheb

Die Vereinten Nationen haben kürzlich betont, dass es spätes-



tens 2008 einen Palästinenserstaat geben soll. Wie glaubwürdig ist diese Aussage?

Ich halte das schon für möglich, daß es in den nächsten Jahren einen Staat Palästina geben wird. Er wird aber aller Merkmale eines eigenständigen Staates beraubt sein. Er wird nur das Etikett Staat tragen, um die Palästinenser und die Welt zu beruhigen, daß man das Problem gelöst hat. Wer zum Beispiel kontrolliert die Außengrenzen dieses Staates? Wer kontrolliert die natürlichen Ressourcen in diesem Staat, zum Beispiel Wasser? Kann er über die Palästinenser bestimmen, die im Exil leben, kann er sie integrieren? Das sind für mich die Fragen, die viel schwieriger sind.

Wie kann denn ein tatsächlicher Palästinenserstaat mit allen Rechten gegründet werden?

Es wird auf diesem geographischen Flecken nur Frieden geben, wenn ein palästinensischer Staat errichtet wird, der auch Souveränität über sein eigenes Gebiet und seine eigenen Grenzen hat. Das ist nicht unmöglich; ich fordere lediglich die Einhaltung der verabschiedeten UN-Resolutionen und die Implementierung des internationalen Rechtes auf diesem Gebiet. Es geht in diesem Konflikt nicht um Almosen oder eine karitative Hilfe für die Palästinenser. Es geht um ein Recht dieses Volkes, das durch internationales Recht garantiert ist.

Es hat den Anschein, daß nach dem Tod von Palästinenserpräsident Yassir Arafat für die USA die Nahostpolitik in der Prioritätenliste wieder nach oben rückt. Haben Sie Erwartungen an die neue US-Regierung?

Was in letzter Zeit passiert ist, kommt mir kabarettartig vor. Man hat Arafat in seiner Todesstunde zum Herrn über Krieg und Frieden erklärt nach dem Motto: Wenn er mal weg ist, dann wird es wirklich losgehen. Ich glaube, daß ist sowohl eine Illusion als auch eine bewußte Manipulierung der Menschen. Die Gründe, warum es bisher keine Friedenslösung gegeben hat, bestehen nach dem Tod von Arafat weiter. Ich glaube daher nicht, daß sein Tod eine neue Zeit einläuten wird. Für

die Bush-Regierung ist das vielleicht die Möglichkeit, eine gewisse Änderung ihrer Nahost-Politik zu machen, ohne zuzugeben, daß man während der ersten Regierungszeit die Region vernach-

dieser Mythos in einer Zeit verabschiedet, in der die Chance auf einen Frieden immer geringer geworden ist, wird noch eine Zeitlang die palästinensische Bevölkerung beschäftigen. Für die politischen Führungsköpfe und für die Intellektuellen wird es die Aufgabe sein, die Gesellschaft in dieser veränderten Phase mit einzubringen. Für mich ist wichtig, daß die palästinensische Regierung und die PLO das Grundgesetz respektiert haben und den Arafat-Nachfolger durch Wahlen bestimmen lassen wollen. Die Ära der Revolution ist längst vorbei, aber wir Palästinenser haben leider nicht immer begriffen, daß man jetzt mit politischen Mitteln vorgehen muß.

Schließt das ein, daß der bewaffnete Widerstand aufgegeben wird und auch die Selbstmordattentate eingestellt werden?

Zu allererst müssen wir zwischen dem legitimen Recht auf Widerstand und den Selbstmordattentaten gegen die Zivilbevölkerung unterscheiden. Vom bewaffneten Kampf als einem politischen Ziel hat sich die palästinensische Führung schon seit Jahrzehnten verabschiedet, konkret seit der Unterzeichnung der Osloer Verträge. Die Selbstmordattentate sind eine neue Erscheinung innerhalb des palästinensischen Kontextes. Früher war der wichtigste Tenor, Palästina braucht seine Töchter und Söhne am Leben, gut ausgebildet, aktiv und engagiert, um Palästina zu befreien. In den letzten Jahren kam der neue Gedanke hinzu, daß man für Palästina stirbt. Langfristig wird dies für den Befreiungskampf eine negative Auswirkung haben, denn Palästina braucht seine Kinder am Leben. Ansonsten gibt es keine Chance auf Zukunft. Das ist aber leicht gesagt, wenn man bedenkt, daß dies nicht von der wirtschaftlichen Lage des Volkes zu trennen ist. So lange die Situation vor Ort immer mehr Menschen zu der Überlegung bringt, daß es sich nicht mehr lohnt, zu leben, wird jede Politik, die versucht, die Selbstmordattentate zu verhindern, scheitern.

Auf wen setzen Sie ihre Hoffnungen bei dem Gedanken an eine Perspektive für das palästinensische Volk?

Auf die zivile Bevölkerung, die zivilgesellschaftlichen Instanzen. Das ist das Kapital von Palästina. In den vielen Jahren der Besatzung hat das palästinensische Volk sein Leben meistern können. Das ging nur deshalb, weil eine gut funktionierende zivile Gesellschaftsstruktur vorhanden ist, die vor Ort mit den Leuten arbeitet und sich bemüht, sie auf dem Weg des neuen Nachdenkens mitzunehmen. So lange es diese Institutionen gibt, habe ich die Hoffnung, daß sich auch weiterhin etwas tun wird, das die Situation verändert. Ich setze ebenso darauf, daß sich auch Israelis für eine Veränderung in ihrer Gesellschaft einsetzen, um die Nachbarn als Menschen wahrzunehmen und zu respektieren.

Viola Raheb ist christliche Palästinenserin, in Bethlehem geboren und aufgewachsen. Sie arbeitete dort sieben Jahre als Schulrätin und lebt seit Ende 2002 als freiberufliche Bildungsreferentin in Wien. Inzwischen gibt es die 3. Auflage ihres Buches „Geboren zu Bethlehem. Notizen aus einer belagerten Stadt.“, Aphorisma Verlag Trier. Das Interview für die ZgK führte **Andrea Marcziński**.

Schluß mit Irak-Besatzung

von **Joachim Guilliard**

Nach der Präsidentenwahl haben die USA den Krieg im Irak mit der Offensive gegen Falludscha weiter eskaliert. Die Brutalität des Angriffs löste weltweit Entsetzen aus. Die US-Regierung rechtfertigte die Rückeroberung der Stadt als wichtige Voraussetzung für die geplanten Wahlen. Doch trägt die großflächige Verwüstung der Großstadt eindeutig die Züge einer exemplarischen Vergeltungsaktion, die alle Iraker davor warnen soll, den Widerstand gegen die Besatzung zu unterstützen.

Es hatte durchaus ernsthafte Vorschläge gegeben, wie die Eskalation gestoppt und Wahlen durchgeführt werden könnten. Der Iraqi National Foundation Congress, in dem sich ein breites Spektrum politischer Organisationen gegen die Besatzung zusammenschloß, hatte den USA eine weitgehende Aussetzung von Widerstandaktionen angeboten, wenn sie im Gegenzug ihre Militäraktionen einstellen und durch Änderungen im Wahlprozesses faire Wahlen ermöglichen würden. So sollte die von den USA eingesetzte Wahlkommission durch eine unabhängige ersetzt, eine internationale Überwachungskommission geschaffen und die Besatzungstruppen vor den Wahlen in ihre Basen zurückgezogen werden. Die Antwort auf die nachvollziehbaren Forderungen waren das Kriegsrecht und die Angriffe auf Falludscha und viele weitere Städte. Viele Organisationen haben daraufhin den Boykott der Wahlen verkündet, die offensichtlich allein der Legitimierung einer indirekten Herrschaft der USA über das Land dienen sollten.

Indem die Bundesregierung und die deutschen Medien den gesamten Widerstand ebenfalls auf islamistischen Terror und Anhänger des alten Regimes reduzieren, rechtfertigen und unterstützen sie das Vorgehen des USA. Ungestört rollt der Nachschub der US-Truppen über deutsches Territorium, auch die Bomben, die auf Falludscha fielen, wurden wahrscheinlich in der BRD verladen. Schon werden irakische Hilfstruppen von Bundeswehroffizieren trainiert und mit deutschen Fuchspanzern ausgerüstet. Über das zunehmende Engagement der NATO droht diese direkte militärische Beteiligung Deutschlands noch ausgeweitet zu werden.

Unsere zentrale Aufgabe beim Engagement gegen Krieg und Besatzung im Irak ist die Beendigung dieser Komplizenschaft. Wir müssen deutlich machen, daß, welche Probleme im Irak nach Abzug der US-Truppen auch drohen, die Besatzung keinen Beitrag zur Lösung leisten kann, sondern selbst das größte aller Übel und die Ursache der Gewalt ist.

Über die Verhältnisse gelebt

von **Gregor Putensen**

Bundesfinanzminister Eichel beklagt die Lächer in den öffentlichen Kassen, während Verteidigungsminister Struck in atemberaubender Bescheidenheit schon einmal den ganzen Planeten zum Einsatzort für die Bundeswehr proklamiert. In diesem Sinne wird Deutschland eben auch am Hindukusch und am Horn von Afrika „verteidigt“. Obwohl die militärische und ideologische Herausforderung aus dem Osten längst Geschichte ist, wird schon wieder ein neues Feindbild beschworen. Jetzt ist es der globale Terrorismus und dessen mehr oder weniger eifertige Verknüpfung mit dem Islam. Terrorismus und Terror hatten und haben stets eine Vorgeschichte sozialer und politischer Repressionen im Rahmen staatlicher Machtausübung. Daher sollte Klarheit darüber bestehen, daß Krieg die umfassendste Form des Terrorismus ist – und zwar Staatsterrorismus, wenn zum Beispiel unter heuchlerischem Vorwand Angriffskriege vom Zaun gebrochen werden. Deren Opfer sind heutzutage nicht in erster Linie die militärisch beteiligten Kombattanten, sondern die Zivilbevölkerung – wie die USA und ihre Vasallen im Irak erneut drastisch vor Augen führen. Ursächlich liegen so gut wie allen ethnischen und religiösen Konflikten ebenso wie dem Terrorismus soziale Nöte und Gegensätze, gepaart mit staatlicher Repression, zugrunde. Dies steht in einem unverkennbaren Bedingungs Zusammenhang zur wachsenden globalen Luft zwischen den reichen Industriestaaten und den armen zwei Dritteln der Menschheit in den Entwicklungsländern. Weder der völkerrechtswidrige Überfall der NATO und Deutschlands auf Jugoslawien 1999, noch der Krieg der USA und ihrer Alliierten gegen Afghanistan 2001 sowie letztes Jahr gegen den Irak haben eine reale Festigung des Friedens gebracht. Darüber hinaus ist es allerdings auch ein Skandal, daß 15 Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes immer noch 24 Milliarden Euro für den bundesdeutschen Militärhaushalt aufgewendet werden. In den 80er Jahren wurden bekanntlich 50-52 Milliarden DM für den Wehretat ausgegeben. Das heißt, daß heute immer noch rund 90 Prozent jener Summe verschwendet wird, die Westdeutschland seinerzeit auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges für militärische Zwecke ausgab. Mit einer derartigen Vergeudung von Steuergeldern muß endlich Schluß gemacht werden. Diese Politik geht nicht schlechthin „über die Verhältnisse“ der Bundesrepublik. Ohne breite öffentliche Gegenwehr wird sie vor allem die bisher noch einigermaßen sozialen Verhältnisse zu Lasten der „kleinen Leute“ sprengen.

Wohlfahrt durch Ein-Euro-Jobber?

von **Monty Schädel**

Seit einiger Zeit gibt es in der Bundesrepublik wieder Diskussionen über die Wehrpflicht. Die Olivgrünen fordern im Kampf um WählerInnen in der Friedensbewegung die Umsetzung des Koalitionsvertrages. Die SPD veranstaltet gar eine Konferenz mit dem Fast-Rang eines Parteitages, damit sich auch dort die Friedensfreunde wieder heimisch fühlen. Es sind eben doch WählerInnenstimmen in der Friedensbewegung abzuholen. Jahrzehntlang galt in der Bundesrepublik, daß ohne die Arbeit der Zivildienstleistenden in den sozialen Bereichen alles zusammenbrechen würde. „Ohne Zivis geht es nicht!“ war das Totschlagargument gegen alle, die die Wehrpflicht und damit auch den Ersatzdienst abschaffen wollten. Daß die Verpflichtung junger Männer zum Soldatsein überhaupt noch einen direkte militärische Notwendigkeit besaß, wurde lediglich noch vom Kriegsministerium, dessen Untergebenen sowie Lobbyisten verbreitet. Für eine interventionsfähige Armee, die schnell und flexibel einsetzbar sein soll, sind Wehrpflichtige nur Ballast und ein Kostenfaktor. Darüber konnte auch nicht hinweg täuschen, daß die Bundeswehr eine große Anzahl ihrer Zeit- und Berufssoldaten aus den Reihen der Wehrpflichtigen rekrutierte. Auf Grund der wirtschaftlichen Bedingungen in der Bundesrepublik ist die Bundeswehr hierauf nicht mehr angewiesen. Immer mehr Jugendliche fühlen sich jedoch aus wirtschaftlich-finanziellen Gründen gezwungen, dem vermeintlich günstigen Werbeangebot des Militärs nachgeben zu müssen. Aus militärischer Sicht ist ein weiteres Festhalten an der Wehrpflicht nicht nötig.

Daß sich die Wohlfahrtskonzerne Caritas, AWO, Diakonie und andere in den jüngsten Diskussionen über die Abschaffung der Wehrpflicht besonders durch Zurückhaltung auszeichnen, dürfte viele überraschen. Doch warum sollten sie sich wie in der Vergangenheit auch einbringen? Immer mehr der realen Kosten für die Zivildienstleistenden wurden in den vergangenen Jahren bereits den jeweiligen Einrichtungen in Rechnung gestellt, so daß ca. 60.000 Zivildienstplätze seit 1999 gestrichen wurden. Dank Hartz IV gibt es jetzt für die Wohlfahrtskonzerne die Aussicht auf Ein-Euro-Jobber statt auf „Zivis“ und damit auf Fachkräfte zu günstigsten Bedingungen. Waren die Rechte von Zivildienstleistenden bereits äußerst eingeschränkt, sind die Hartz IV-Jobber noch rechtloser. Aber die Wohlfahrtskonzerne haben damit ja bereits Erfahrungen und der Einsatz von Zwangsverpflichteten, die „Gutes“ tun, hat sich bisher auch gelohnt. Die Wehrpflicht kann also endlich abgeschafft werden.

Joachim Guilliard ist Autor von Büchern über den Irak · **Prof. Gregor Putensen** ist aktiv im Friedensforum Greifswald, von 1994 bis 1998 war er Friedens- und Europapolitischer Sprecher der PDS-Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern · **Monty Schädel** ist Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) und ZgK-Mitherausgeber

Münchner „Sicherheitskonferenz“ – eine hochkarätige Kriegs-Tagung

von Claus Schreer

Die sogenannte Sicherheitskonferenz in München ist neben den offiziellen NATO-Ratstagen die weltweit größte und hochkarätigste Militärtagung. Sie ist ein „Treffen von Spitzenmilitärs aus aller Welt“, wie Horst Teltschik, der Veranstalter der Konferenz, selbst betont.

Seit 2002, als es erstmals zu Massenprotesten der Antikriegsbewegung gegen diese Militärtagung kam, versucht Teltschik immer wieder, sich gegen den Vorwurf zu rechtfertigen, die Konferenz diene der Vorbereitung und Propagierung von weltweiten Kriegseinsätzen der NATO-Staaten. Auf der offiziellen Homepage behauptet er: Die Konferenz befasse sich „ausschließlich mit der Frage, wie Konflikte fried-

lich gelöst werden können“. Die Tagung sei eine „internationale Friedenskonferenz“. Für Februar 2005 hat Teltschik jetzt das Logo der Sicherheitskonferenz durch den Untertitel „Frieden durch Dialog“ ergänzt (www.securityconference.de). Den Charakter der Konferenz beschreibt er so: „Was das Weltwirtschaftsforum in Davos für die Spitzenvertreter der internationalen Wirtschaft ist, ist die Sicherheitskonferenz in München für die Repräsentanten der strategischen Gemeinschaft“. Im Gegensatz zu Davos, sagt er, seien in München jedoch „die politischen Akteure und Entscheider anwesend.“ Was er nicht sagt ist: Weder beim „World Economic Forum“ im Schweizer Winterkurort Davos noch in München geht es um die Bekämpfung des Hungers und der Armut auf der Welt, weder um eine gerechte Weltwirt-

schaftsordnung noch um Frieden und Sicherheit auf dem Globus.

In Davos treffen sich die „Opinion Leaders“ aus Wirtschaft und Politik, Vertreter von Industrie und Bankkonzernen und der Medien. Sie debattieren über Strategien der globalen Durchsetzung des freien Marktes und der Ausplünderung des Planeten durch die Multis. Die Münchner Sicherheitskonferenz ist das militärisch-strategische Äquivalent zum Weltwirtschaftsforum in Davos: Ein „Dialog“ unter Kriegsstrategen. Im Nobel-Hotel „Bayerischer Hof“ versammelt sich die militärpolitische Elite der NATO-Staaten, Außen- und Kriegsminister, sogenannte Sicherheitsexperten, führende NATO-Generäle und Vertreter der Rüstungswirtschaft.

Ohne Protokoll und Beschlußfassungszwang werden Militärstrategien koordiniert, Pläne für

gemeinsame Kriegseinsätze abgesprochen und Kriegscoalitionen geschmiedet. 1999 war es der NATO-Angriff auf Jugoslawien, 2002 der sogenannte Anti-Terror-Krieg und 2003 der Krieg gegen den Irak. Regelmäßiges Schwerpunktthema ist seit Jahren die Rolle der NATO, die „Transatlantische Zusammenarbeit“ und die militärische Aufgabenteilung zwischen den USA und den EU-Staaten. Regelmäßig eingeladen werden seit einigen Jahren auch Regierungsvertreter aus den Staaten Mittel- und Osteuropas, aus Rußland und dem Nahen Osten. Das macht die Münchner Militärtagung aber noch nicht zu einer „Friedenskonferenz“, denn die „Gäste“ sollen nach Möglichkeit in die imperiale NATO-Strategie eingebunden werden – in die „Koalition der Willigen“ für die zukünftigen Weltordnungskriege.

Die sogenannten Sicherheitskonferenzen in München sind nichts anderes als hochkarätige Kriegskonferenzen und medienwirksame Kriegspropagandaveranstaltungen – finanziert von der Bundesregierung. Ginge es nach dem Grundgesetz, dürften diese Tagungen gar nicht stattfinden.

Die NATO-Militärtagung in München verdient eine Antwort – nicht nur von lokalen Gruppen und Organisationen. Sie ist ein Fall für die bundesweite Friedens- und Antikriegsbewegung, eine Herausforderung zum gemeinsamen Protest und zu Widerstand.

Claus Schreer gehört dem Bündnis München gegen Krieg an

Schlaglichter von den Münchner „Sicherheitskonferenzen“

1998

Ewald von Kleist, der seit 1962 die Münchner Wehrkundetagung organisierte, moderiert die Konferenz zum letzten Mal. Kleist, ehemaliger Wehrmachtsoffizier und später Mitglied im Widerstandskreis um Graf von Stauffenberg, war die ideale Integrationsfigur zwischen alter Wehrmacht und neuer Bundeswehr und ebenso für die westlichen Bündnispartner im Kalten Krieg. Hauptthemen in den Jahren zuvor waren die militärische Hochrüstung von Bundeswehr und NATO, die Vorvertheidigungsstrategie gegenüber dem Ostblock, die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in der BRD und seit Beginn der 90er Jahre die angeblich neuen Bedrohungen, neue Aufgaben der Militärallianz und die NATO-Osterweiterung.

1999

Horst Teltschik gibt sein Debüt als neuer Veranstalter der Tagung, die in „Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik“ umbenannt wurde. Neben über hundert Teilnehmern aus NATO-Ländern nehmen auch Delegationen aus osteuropäischen Staaten, aus Rußland, China, Japan und Indien an der Konferenz teil. Nicht-NATO-Staaten werden auch zu allen darauffolgenden Konferenzen eingeladen. Themenschwerpunkt ist die „Deutsche Sicherheitspolitik“ und „Perspektiven der NATO an der Schwelle zum 21. Jahrhundert“. Nach dem Ende der Tagung beginnt die Konferenz von Rambouillet, auf der von der jugoslawischen Regierung die Zustimmung zum Einmarsch von NATO-Truppen in den Kosovo verlangt wird. Knapp eine Woche später beschließen die NATO-Staaten ihren Truppeneinsatzplan. Sechs Wochen später beginnt der NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien.

2000

Hauptthemen sind die „Lehren aus dem Kosovo-Krieg“, die europäische Außen- und Militärpolitik sowie die transatlantischen Beziehungen. Verteidigungsminister Rudolf Scharping, aber auch US-Verteidigungsminister William Cohen, beklagen die unzureichenden militärischen Fähigkeiten der EU-Staaten.

2001

Auch diesmal geht es um die Perspektiven der NATO und die eigenständigen Militärstrategien der USA und der EU. Donald Rumsfeld gibt in München die Entscheidungen des neuen US-Präsidenten George W. Bush bekannt: die Stationierung der „Nationalen Raketenabwehr“ NMD und die beabsichtigte Kündigung des ABM-Vertrags.

Das Weltraumrüstungsprogramm werde auf jeden Fall verwirklicht – mit, ohne oder auch gegen die Europäer.

2002

Hier wird bereits offiziell der Angriff auf den Irak angekündigt. US-Senator McCain: „Afghanistan war nur der erste Kriegsschauplatz, der nächste ist der Irak.“ Richard Perle, Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, erklärt, die US-Regierung sei „entschlossen, Saddam Hussein mit Gewalt aus dem Amt zu vertreiben, auch gegen den Willen der Europäer.“ Für den Antiterrorkrieg „brauchen wir kein UN-Mandat“, ergänzt US-Vizeverteidigungsminister Wolfowitz. Seine Botschaft: „Die einzige Verteidigung gegen den Terrorismus ist, den Krieg zum Feind zu bringen... Die beste Verteidigung ist ein guter Angriff“.

Edmund Stoiber und Angelika Merkel nutzen die Konferenz als Tribüne zur militärischen Mobilisierung der EU und fordern eine deutliche Steigerung der Militär- und Rüstungsausgaben. Die CDU-Vorsitzende Merkel bekräftigt den Anspruch der EU, „auf der weltpolitischen Bühne eine herausgehobene Rolle zu spielen“. Der Aufbau einer „schlagkräftigen Eingreiftruppe“ habe deshalb oberste Priorität.

Erstmals kommt es anlässlich dieser Kriegstagung zu Massenprotesten in München. Oberbür-

germeister Ude verbietet auf Betreiben des Bayerischen Innenministeriums alle geplanten Demonstrationen. Begründung: 3.000 Gewaltbereite seien auf dem Weg nach München. Doch trotz dieses dreitägigen Versammlungsverbots gehen 10.000 Menschen auf die Straße. Aus Protest wird Widerstand.

Gewalttätig sind an diesem Wochenende nur die Polizeieinsatzkommandos, die 850 DemonstrantInnen verhaften, nur weil sie von ihrem Recht auf Meinungsfreiheit Gebrauch machen. Das Demonstrationsbündnis klagt gegen die Verbotsverfügung. Nach zwei Jahren entscheiden die Bayerischen Gerichte: Das totale Versammlungsverbot war rechtens. Bisherige Anwalts- und Gerichtskosten: 4.200 Euro. Jetzt liegt die Klage beim Bundesverfassungsgericht.

2003

US-Kriegsminister Rumsfeld nutzt erneut die Konferenz als Propagandaforum für den längst beschlossenen Angriffskrieg gegen den Irak. Die deutsche Kriegsgegnerschaft erschöpft sich in der Äußerung Außenminister Fischers, er sei von den Argumenten Rumsfelds „nicht überzeugt“. Der Krieg sei zu diesem Zeitpunkt noch nicht gerechtfertigt. Wirklich ernst zu nehmende Maßnahmen, etwa die Verweigerung von Überflugrechten, Militärtransporten und Unterstützungsleistungen der Bundeswehr für den Krieg, wer-

den von der Bundesregierung nicht in Erwägung gezogen. Angela Merkel befürwortet ganz offen „ein militärisches Vorgehen“ und entsprechend den Möglichkeiten eine Beteiligung Deutschlands. „Teilhabe an Entscheidungen erfordert Teilhabe am Risiko“, sagt die CDU-Vorsitzende.

Auf den Straßen Münchens demonstrieren 30.000 Menschen gegen den bevorstehenden Irakkrieg und die Kriegstreiber im Bayerischen Hof. Ein Verbot wie im Jahr zuvor kann sich die Stadt nicht ein zweites Mal leisten.

2004

Alle NATO-Kriegsminister treffen sich zu einer ersten Beratung mit dem neuen NATO-Generalsekretär Jan de Hoop Scheffer. Auch Donald Rumsfeld ist wieder in München. Er und die Bush-Regierung haben zwar die ganze Welt belogen und das Völkerrecht gebrochen, aber niemand von den Teilnehmern der „Sicherheitskonferenz“ nimmt ihm das wirklich übel.

Außenminister Fischer und Militärminister Struck akzeptieren und rechtfertigen die illegale Besatzungsherrschaft. Fischer: „Jetzt müssen wir alle nach vorne blicken, egal, wie unsere Haltung zum Krieg (gegen den Irak) gewesen ist... Wir sind uns einig, daß die Anstrengungen der Koalition Erfolg haben müssen“. Erfolg in Abu Ghraib? Bei der Bombardierung Falludschas? Bei der Privatisierung irakischer Staatsbetriebe und der Kontrolle über die irakischen Ölfeldern? Erfolg für die Aggressoren?

8.000 Menschen demonstrieren gegen die NATO-Tagung. Das Bündnis München gegen Krieg hat nach der Konferenz beim Bundesanwalt Strafanzeige gegen Angela Merkel wegen unmißverständlicher Propagierung von Angriffskriegen gestellt. In Anlehnung an die frühere US-Außenministerin Albright erklärte Merkel auf der Münchner Militärtagung: Um „Politik und Handeln anderer Nationen zu beeinflussen“ und um „den Interessen und Werten der eigenen Nation zu dienen“, müßten wir „alle Mittel in Betracht ziehen... von freundlichen Worten bis zu Marschflugkörpern“. Diese „verblüffend einfache Definition“ müsse nicht nur für die US-Politik Gültigkeit haben, „sondern sollte... besser muß... auch Maßstab einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sein“. Merkels Plädoyer ist eindeutig grundgesetzwidrig (Art. 26 GG) und ein Straftatbestand (§80 und 80a StGB). Der Generalbundesanwalt antwortete, daß solche „Meinungsäußerungen, die als Billigung einer militärischen Aktion anzusehen sind, nicht als Straftatbestand in Betracht kommen“. Krieg ist Mittel der Politik – völlig normal und selbstverständlich. Das ist, so der Generalbundesanwalt, offizielle deutsche Rechtsposition.



arbeiterfotografie.com



**Nehmt teil –
kommt nach
München!**
**Freitag, 11. Februar
2005: 17.00 Uhr:**
**Kundgebung am
Tagungsort der Finan-
zkonferenz,
Bayerstraße/Hbf.**
**19.30 Uhr: Frie-
densforum (vor-
aussichtlich Altes
Rathaus) Samstag,
12. Februar: 12.00
Uhr, Marienplatz**
**Internationale De-
monstration zum
Tagungsort der
Kriegsstrategen**

Februar 2005 in München · Aufruf des Aktionsbündnisses

**Für Frieden und soziale Gerechtigkeit –
Nein zu Krieg und Militarisierung**

Die jährlich stattfindende sogenannte Sicherheitskonferenz in München ist ein Treffen von Regierungsvertretern aus den NATO-Staaten, von Militärstrategen, Generalen und Rüstungsexperten.

Die im Nobelhotel Bayerischer Hof hinter verschlossenen Türen tagenden und von einer gigantischen Polizeimacht geschützten EU- und NATO-Repräsentanten behaupten, bei der Konferenz gehe es um Frieden und internationale Sicherheit. Das Gegenteil ist der Fall: Hier werden Militärstrategien koordiniert, Pläne für gemeinsame Kriegseinsätze abgesprochen und Koalitionen für Angriffskriege geschmiedet. 1999 war es der NATO-Krieg gegen Jugoslawien, 2002 der sogenannte Krieg gegen den Terror, 2003 ging es um die Beteiligung am Angriffskrieg gegen den Irak und 2004 stand die Besatzungsherrschaft im Irak auf dem Programm.

Die wirtschaftlich und politisch Mächtigen der Welt, insbesondere der USA, Deutschlands und der anderen EU-Staaten beanspruchen für sich das Recht „auf ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“. Sie wollen ihre wirtschaftlichen Interessen und ihre globalen Machtansprüche notfalls mit militärischer Gewalt gegen den Rest der Welt durchsetzen. Folgen einer solchen Gewaltpolitik sind globale Verarmung, Zerstörung demokratischer und sozialer Rechte und die Vernichtung natürlicher Lebensgrundlagen. Die Kriege der jüngsten Zeit haben dies gezeigt.

Wir wenden uns gegen ein System, das sich ausschließlich am Profit orientiert und das sowohl in Friedens- wie in Kriegszeiten über Leichen geht. Dazu gehören die hermetische Abschottung der Außengrenzen der EU und der USA gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen – und in Deutschland: rassistische AusländerInnen-gesetze, die Abschaffung des Asylrechts, Naziterror und Mord.

Seit Jahren ist der konsequente Aufbau eines militärischen Drohpotentials Bestandteil der EU-Politik. Dazu gehört unter anderem auch die in der vorgesehenen EU-Verfassung festgeschrie-

bene Verpflichtung zur Aufrüstung: So werden in Deutschland für neue Rüstungsprogramme in den nächsten 10 Jahren 150 Mrd. Euro veranschlagt. Bereits heute ist Deutschland drittgrößter „Truppensteller“ bei internationalen Militäreinsätzen.

Militarisierung nach außen und Demontage des Sozialsystems nach innen sind zwei Seiten einer Medaille: Mit der Durchsetzung von „Agenda 2010“ und „Hartz IV“ betreibt die Allianz aus Unternehmen, Kapitaleignern und der großen parlamentarischen „Reformkoalition“ (CDU/CSU, SPD, Grüne, FDP) mit dem Argument der globalen Standortkonkurrenz Sozialkahltschlag. Weltweiter Protest gegen diese menschenfeindliche Politik der kapitalistischen Globalisierung hat sich entwickelt, wo immer sich die neoliberalen Kriegs- und Wirtschaftsstrategen trafen: in Seattle, Genua, Prag, Davos, Barcelona und München, aber auch durch die seit Porto Alegre entstandene Sozialforumsbewegung.

Wir erklären den NATO-Kriegsstrategen: Euer Treffen ist in München und anderswo unerwünscht. Eurer Politik setzen wir weltweit Widerstand entgegen.

Krieg und Sozialkahltschlag bedrohen uns alle: Arbeitslose und Beschäftigte, Jugendliche und Rentner, Menschen mit oder ohne deutschem Paß. Nur gemeinsam können wir wirksam Alternativen durchsetzen, um eine friedliche und gerechte Welt zu schaffen. Wir sind ein breites Bündnis unterschiedlicher Gruppen mit verschiedenen Vorstellungen von Protest und Widerstand. Wir kritisieren von unterschiedlichen Positionen weltweite Ungerechtigkeit und staatliche Gewaltpolitik. Diese Vielfalt ist unsere Stärke.

Stoppt die weltweite Kriegs- und Besatzungspolitik der NATO-Staaten
Für ein soziales Europa – Keine EU-Militärmacht
Gegen jegliche deutsche Kriegsbeteiligung – Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr
Internationale Solidarität gegen Ausbeutung und Un-

terdrückung
Statt sozialer Demontage und Aufrüstung – Umverteilung von oben nach unten
No justice - no peace/ Ohne Gerechtigkeit kein Frieden

Erstunterzeichner des Aufrufs (Stand: 21.11.2004)
AK Aktiv gegen Rechts München • AK Internationalismus, München • attac München • Bayerischer Flüchtlingsrat • BIFA - Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung • BUKO - Bundeskoordination Internationalismus • Bundesausschuß Friedensratschlag, Kassel • Bündnis München gegen Krieg • Deutscher Friedenskerverband - München • DIFD - Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei, München • DKP - Deutsche Kommunistische Partei, München • FAU München • fortsetzung folgt • Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba München • Friedensaktion Palästina, München • FriedensTreiberAgentur Düsseldorf • GEW - Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft - Stadtverband München • Initiative Emanzipation ad Humanum • IMI - Informationsstelle Militarisierung, Tübingen • Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen München • Libertad! Süd • Münchner Friedensbündnis • Netzwerk Selbsthilfe e.V. München • Öffentliche Aufforderung zum gewaltfreien Widerstand gegen Rüstung und Krieg • Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit • Pax Christi München • PDS - Partei des Demokratischen Sozialismus München • RSB - Revolutionär Sozialistischer Bund/IV. Internationale • SAM - Sozialistische Aktion München • SDAJ - Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, Bayern • ver.di - Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft Bezirk München • VVN/BdA - Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten, München

Wir freuen uns über weitere Aufruf-Unterstützergruppen und bitten um Spenden für die geplanten Aktionen.
Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz
Anschrift: Friedensbüro, Isabellastraße 8, 80798 München, Fax: 089/2715917, email: gegensiko@gmx.de
Spendenkonto: Martin Löwenberg, Konto-Nr. 28264802, Postbank München, BLZ 70010080, Kennwort: no-nato

Zur Person: Horst Teltschik

Seit 1999 organisiert und leitet der frühere außen- und sicherheitspolitische Berater von Bundeskanzler Helmut Kohl die Münchner Militärtagung. Von 1993 bis 2000 war er Vorstandsmitglied von BMW, anschließend übernahm er die Leitung der BMW-eigenen Herbert Quandt-Stiftung. Teltschik wurde auf ausdrücklichen Wunsch Kohls Nachfolger von Ewald von Kleist, der seit 1962 die „Münchner Wehrkundetagung“ organisiert hatte.

Heute ist Horst Teltschik Präsident von Boeing Deutschland. Boeing ist der größte Luft- und Raumfahrtkonzern der Welt, Rüstungsschmiede Nummer 1 in den USA und Produzent modernster High-Tech-Waffensysteme. Die Ernennung von Boeing-Top-Mana-

gern in den wichtigsten Ländern der Welt ist „Teil der Globalisierung des Unternehmens, mit der wir unsere Fähigkeit stärken, weltweit effektiv zu agieren – mit der ganzen Welt als Markt wie auch als Quelle von Produktion und Ressourcen.“ (Tom Pickering, Senior-Vizepräsident von Boeing International). Im Forschungssektor arbeitet Boeing eng mit der US-Navy, dem Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung sowie mit dem europäischen Rüstungskonzern EADS zusammen.

Teltschik propagiert einen engen Schulterschluss mit den USA. Die EU müsse aber „auf militärischem Gebiet ein gleichberechtigter Partner Amerikas werden“. Die Europäer „insbesondere Deutschland“ müßten dafür die Voraussetzungen schaffen, „... eine Eingreiftruppe, egal ob auf europäischer oder auf NATO-Ebene“,

und dafür auch „die nötigen Mittel bereit stellen“.

Teltschik zum Irakkrieg: „Im Gegensatz zu den Amerikanern waren die Europäer gegen den Krieg, hatten aber keine Alternative ... Generell gilt: Krieg muß das letzte Mittel bleiben“. Auf den Vorwurf der Antikriegsbewegung, die Konferenz sei ein Treffen der Kriegsstrategen, reagiert er allergisch: Diese Behauptung sei „völlig haltlos ... Wenn sie gegen den Krieg sind, müssen sie für den Dialog sein und nichts anderes bieten“.

Teltschiks Dialog-Veranstaltungen haben es in sich. Wenige Wochen nach der Sicherheitskonferenz von 1999 gab es Krieg und wenige Wochen nach der von 2003 ebenfalls. „Dialog für den nächsten Krieg“ müßte der Untertitel seiner Konferenzen richtigerweise lauten.

Battlegroups im Vormarsch

Der vom europäischen Feldherrenrio Blair, Chirac und Schröder am Rande des Münchner NATO-Gipfels im Februar 2004 vereinbarte Aufbau sogenannter battlegroups nimmt Gestalt an. Das sind schnell einsetzbare Kampfverbände von rund 1.500 Soldaten für Operationen an jedem Ort der Welt. Ab 2007 soll eine deutsch-niederländische battlegroup einsatzbereit sein. Mitte 2008 wird die deutsch-französische Brigade den Kern einer weiteren battlegroup bilden, an der sich eventuell auch spanische Soldaten beteiligen. Österreich, Tschechien und die BRD sollen eine weitere Kampf Einheit aufstellen. Geplant sind außerdem eine italienische, eine französische, eine spanische, eine niederländisch-britische, eine schwedisch-finnische und eine italienisch-ungarisch-slowenische battlegroup. Damit werden auch die ehemals neutralen und die osteuropäischen EU-Länder in die Interventionsplanungen einbezogen.

EU mit Militärtempo

Walter Kolbow, Parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium, erklärte in einem Vortrag an der NATO-Schule Oberammergau am 27. September 2004, daß die EU im Militärbereich ein „erstaunliches“ Tempo vorgelegt habe und „2003 von der Aufbauphase zur Anwendung ihrer Fähigkeiten übergegangen“ sei. „Knapp fünf Jahre nach ihrer Geburtsstunde beim Europäischen Rat in Köln ist die ESVP (Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik) operativ.“

Eurofighter

Ende November 2004 wurden die Verhandlungen über den zweiten Bauabschnitt des Kampfflugzeugs Eurofighter laut EADS „erfolgreich beendet“. Ende 2004 soll der Vertrag über den Bau weiterer 236 Eurofighter für 14 Mrd. Euro unterzeichnet werden. Der deutsche Anteil wird bei 4,2 Mrd. Euro liegen. Nach dem 1998 abgeschlossenen Grundsatzabkommen werden 620 Kampfflugzeuge in drei Abschnitten gebaut, wovon 180 auf die BRD entfallen. Von dem Milliarden-Deal profitieren auf deutscher Seite vor allem EADS (DaimlerChrysler Dasa) und der Triebwerkhersteller MTU.

Europäische Streitkräfte

Egon Bahr (SPD) hat der rechten Zeitung „Junge Freiheit“ ein Interview unter dem Titel „Wir müssen lernen, wieder eine normale Nation zu sein“ gegeben. „Wenn wir nur eine Wirtschaftsgemeinschaft bleiben“, so Bahr, „werden wir politisch immer durch die USA manipuliert sein. Wenn wir bei dem beschlossenen Ziel einer politisch selbstbestimmten Gemeinschaft bleiben, muß Europa Streitkräfte aufstellen, die auch selbstbestimmt eingesetzt werden können.“

Kampagne gegen EU-Verfassung läuft weiter



Interview mit Claudia Haydt

Weshalb seht Ihr von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. die EU-Verfassung so kritisch?

Weil die Militarisierung der Union einer ihrer zentralen Bestandteile ist. Während vieles an dem Text nur eine Zusammenfassung bereits bestehender Verträge ist, sind die Aussagen, in denen es um Außen- und Militärpolitik geht, weitgehend neu. Besonders kritikwürdig finden wir, daß die Militarisierung zur Verfassungspflicht wird. Die Staaten werden gezwungen, aufzurüsten. Wenn sie es unterlassen, befinden sie sich

im Widerspruch zur Verfassung.

Die Regierungen der EU-Staaten scheinen jedoch mit dem Ausbau der militärischen Komponenten der Union nicht auf die Ratifizierung der Verfassung zu warten.

Allerdings. Im Protokoll des Verfassungsvertrags steht, daß die vorgesehenen Kampftruppen bis 2007 einsatzfähig sein sollen. Es ist klar, daß vor 2007 die Verfassung gar nicht in allen Mitgliedsländern ratifiziert sein wird. Das heißt, die Fakten werden schon jetzt geschaffen, obwohl die Verfassung noch gar nicht in Kraft ist. Das bedeutet auch: Der Kampf gegen die Militarisierung muß selbst dann weitergehen, wenn es gelingt, die Verfassung zu Fall zu bringen. Der Spielraum für Opposition ist dann allerdings deutlich größer, wenn diese nicht als „verfassungsfeindlich“ abgestempelt werden kann.

IMI gehört zu den Gruppen, die für eine Kampagne gegen die Verfassung werben. Wie ist der Stand?

Inzwischen unterstützen relativ viele Organisationen wie die DFG/VK, ATTAC oder auch die PDS die Position, daß diese Verfassung als solche nicht mehr zu reformieren ist, sondern als Ganzes abgelehnt wer-

den muß. Der Bundestag wird voraussichtlich im Mai über die Ratifizierung des Verfassungsvertrages abstimmen. Bis dahin sollen Informationen unter die Leute gebracht, öffentlicher Druck aufgebaut und Unterschriften gesammelt werden, damit die Ratifizierung zumindest nicht ohne sichtbaren Widerstand über die Bühne geht.

Den Text der Unterschriftensammlung hatte im September der Friedenspolitische Ratschlag von Hannover verabschiedet. Darin wird die Verfassung aufgrund ihres friedensgefährdenden, antisozialen und neoliberalen Charakters abgelehnt. ATTAC hat später noch zwei Punkte ergänzt, in denen die Verfassung rückschrittlich und antidemokratisch genannt wird.

Zum Tag der Bundestagsabstimmung soll es eine möglichst große Demonstration geben. Damit soll auch anderen Ländern signalisiert werden, daß es hier eine große Ablehnung gibt. Das kann dann in den Ländern, in denen es Volksabstimmungen gibt, den Protestbewegungen helfen.

Wie steht es mit der internationalen Kooperation?

Ich denke, wir haben nur dann eine

Chance, diese Verfassung zu Fall zu bringen, wenn wir mit Friedensorganisationen und sozialen Gruppen in anderen Ländern zusammenarbeiten. Es gibt etwa eine enge Kooperation zwischen IMI und irischen Friedensgruppen beim Aufbau einer European Peace Alliance. Auf diese Weise wird auch klar, daß der Widerstand gegen die Verfassung kein antieuropäischer ist, sondern ein europäischer gegen diese spezielle Verfassung. Auch mit französischen Gruppen wird eine Kooperation aufgebaut, denn dort kann sich unter Umständen das Schicksal der Verfassung entscheiden. Wenn in einem Land wie Frankreich die Verfassung in einem Referendum abgelehnt wird, dann ist dieses Projekt fürs erste gestorben.

Claudia Haydt ist Mitglied des Vorstands der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen. Das Interview für die ZgK führte Wolfgang Pomrehn. Um den Protest besser zu organisieren, gibt es seit dem 1. Dezember ein Koordinationsbüro: Kontakt über die Informationsstelle Militarisierung (IMI): www.imi-online.de; Tel.: 07071 49154, Email: imi@imi-online.de; Unterschriftenliste: <http://www.imionline.de>

Die EU-Agentur für Militarisierung

von Arno Neuber

Der Konvententwurf für eine EU-Verfassung wurde nach machtpolitischen Querelen bekanntlich erst beim EU-Gipfel am 17./18. Juni 2004 in Brüssel von den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten unterzeichnet und der Ratifizierungsprozess hat gerade erst begonnen. Das Militarisierungsprogramm, das diese Verfassung beinhaltet, wird aber bereits mit Hochdruck in die Tat umgesetzt. Schon zu Beginn des Jahres 2004 trafen sich in Brüssel zwölf Experten, das sogenannte Agency Establishment Team, um die in Artikel III-311 vorgesehene Rüstungsagentur (nun „Verteidigungsagentur“ genannt) auf den Weg zu bringen. Der vier Monate später fertige „Aufbauplan“ wurde beim Brüsseler Gipfel im Juni bestätigt. Danach soll die European Defence Agency (EDA) im nächsten Jahr zunächst mit rund 80 Mitarbeitern und einem

Budget von 25 Millionen Euro starten.

Obwohl damit die Militarisierungsbürokratie im Rekordtempo aus dem Boden gestampft wird und klar ist, daß auch bei einem Scheitern der Verfassung im Ratifizierungsverfahren die dominierenden Kräfte in der EU „einen Mechanismus finden“ werden, „mit dem die außenpolitischen Komponenten dennoch in Kraft gesetzt werden“ (Solana), gibt es Kritik von den Rüstungsbossen. Sie sind unzufrieden, weil in den Verfassungsvertrag die bisherige Regelung übernommen wurde, wonach die Herstellung und der Handel mit Kriegswaffen der Kontrolle der Mitgliedstaaten unterliegen.

Rüstungskonzerne wie EADS, Thales und BAE Systems wollen möglichst schnell Zugriff auf die Wehretats der ganzen EU bekommen. Die Rüstungsagentur sehen sie dabei als ihr Werkzeug. Sie kritisieren auch, daß die Rüstungsforschung der Europäischen Kommission untersteht, obwohl sie laut Verfassung Sache der Agentur sein soll. Immerhin übersieht man bei den Kriegswaffenproduzenten nicht die Möglichkeiten, die sich aus der Bündelung von ziviler und militärischer Forschung bei der Kommission künftig für das Militarisierungsprogramm der EU ergeben. Im Interview mit der Zeit-

schrift des Reservistenverbandes der Bundeswehr (loyal Nr. 6/2004) zeigte sich auch EADS-Chef Rainer Hertrich unzufrieden mit dem bisherigen Konzept. Er will rasch mehr Macht für die Agentur: „Vorher scheint es in der Konzeption mehr darum zu gehen, Ratgeber zu sein. Eine Art strategisches Institut ohne jegliche Kompetenzen, nur mit einem minimalen Budget ausgerüstet... Das ist etwas, was aus meiner Sicht wahrhaft keinen Sinn macht. So wäre das Klassenziel eindeutig verfehlt.“

Wie das Klassenziel lautet, erklärten die Bosse der europäischen Rüstungsriesen EADS, BAE Systems und Thales am 15. Juni des Jahres dem Publikum in einer ganzseitigen Anzeige in den großen deutschen Tageszeitungen. Unter dem Titel „Eine starke europäische Verteidigungsagentur nützt allen - nutzen wir die Chance!“ forderten sie, die Arbeit der Rüstungsagentur auf vier Punkte zu konzentrieren und sie mit weitgehenden Entscheidungsbefugnissen auszurüsten: Ersten soll die Agentur für eine schnellere Aufrüstung der EU-Interventionstruppen sorgen. Zweitens sollen mehr staatliche Forschungsgelder für die Kriegswaffenindustrie her. Dazu soll eine „strategische europäische Forschungsagenda“ erarbeitet werden. Drittens soll über einen europäischen Rüstungsmarkt den großen Konzernen aus Deutschland, Frankreich und Großbritannien der Zugriff auf die Militärhaushalte aller EU-Mitgliedsländer geobnet werden. Wie weitgehend die Rüstungsbosse dabei die Kompetenzen der Agentur geregelt haben wollen, zeigt folgende Formulierung in ihrem Aufruf: „Die Agentur wird daher die Mitgliedsstaaten dazu anhalten müssen, gemeinsame Lösungen auch bei unterschiedlichen Anforderungen zu finden.“

Der vierte Punkt ist eine Kampf-

ansage an die USA und deren Rüstungsindustrie und eine Aufforderung zum „sorgsamem Umgang mit der industriellen Basis in Europa“ mit dem dezenten Hinweis auf das gigantische Beschaffungsbudget im US-Rüstungshaushalt.

BDI-Präsident Rogowski ist sich sicher: In den Kernbereichen wird die deutsche Kriegswaffenindustrie durch die Agentur „mit größeren Auftragsgrößen rechnen können.“ Es verwundert daher nicht, daß die Initiative zu einer EU-Rüstungsagentur 1993 von Deutschland und Frankreich ausging. 1997 wurde eine gemeinsame Organisation (OCCAR) mit Sitz in Bonn gegründet, der sich auch Großbritannien und Italien anschlossen. In diesen vier Ländern haben übrigens 16 der 50 größten Waffenkonzerne der Welt ihren Sitz. Über die OCCAR werden derzeit beispielsweise die Beschaffung des Militärtransporters A400M, des Kampfhubschraubers Tiger und des Schützenpanzers Boxer gemanagt. OCCAR soll künftig in der EU-Rüstungsagentur aufgehen. Mit einem gemeinsamen Vorstoß im Verfassungskonvent hatten die Außenminister Deutschlands und Frankreichs, Fischer und Villepin, im November 2002 der Rüstungsagentur den Weg geobnet. Notfalls wollten sie diese „auf der Basis der verstärkten Zusammenarbeit“ durchdrücken. Unter der „verstärkten Zusammenarbeit“ oder „ständigen strukturierten Zusammenarbeit“ verbirgt sich das Konzept eines militärischen Kern-Europas. Inzwischen wurden dem Verfassungstext eine Reihe von Zusatzprotokollen beigefügt. Die EU-Rüstungsagentur wird darin zur Kontrollbehörde für die „entschlüsselte“ Steigerung der Rüstungsausgaben in den Staaten des militärischen EU-Kerns. Sie soll außerdem über die Bereitstellung von Kampftruppen für EU-Militärmissionen und die Beseitigung von Verfassungshemmnissen für die Entsendung von Truppen zu Interventionseinsätzen wachen.

Arno Neuber ist im Beirat der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen

-Anzeigen-

Ossietyky
für Politik / Kultur / Wirtschaft
Lesen Sie alles was sich in und um die Welt, Politik und Wirtschaft, Kultur, Sport, Bücher, Filme, Musik und mehr...
www.ossietzky.de

SoZ Sozialistische Zeitung
Monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition
Professionelle Redaktion
Profisätze (4 Ausgaben, keine autorisierte Verflegerung) gegen 10 Euro 90 Seiten
SoZ-Verlag - Diederich 75-77 - 50874 Köln
Fax (0229) 9321196 - Fax 9321197
redaktion@sozverlag.de - www.sozplus.de

Bundeswehr und die „zeitlosen militärischen Werte“

von Ulrich Sander

Traditionspflege basiert in allen Armeen nicht nur auf Geschichtsvermittlung. Sie basiert vielmehr auf der Auswahl von Werten aus der Geschichte, auf die sich jeweils neu verständigt wird – je nach Bedarf. Die jetzige Regierung hat nicht nur ihre Versprechen, deutsche Außenpolitik sei Friedenspolitik und der errungene Standard an sozialer Gerechtigkeit werde beibehalten, gebrochen. Die heutige Regierungskoalition hat auch im Zuge der 1997/98er Auseinandersetzungen um „rechtsextremistische Vorkommnisse“ versprochen, „das Verhältnis von Bundeswehr und Wehrmacht zweifelsfrei und verbindlich zu regeln“. Klipp und klar sollte es in einem Beschluß des Bundestages heißen: „Die Wehrmacht als eine der tragenden Säulen des NS-Regimes kann keine Tradition der Bundeswehr begründen.“ Weiter sollte gelten: „In der Namensgebung von Kasernen und Schiffen (siehe der Bundestag) einen wichtigen Beitrag für eine glaubwürdige demokratische Traditionspflege.“ Gefordert wurde, „die gegenwärtigen Kasernen- und Schiffsnamen auf ihre zeitgemäße demokratische Leitbildfunktion hin zu überprüfen.“ Es gelte, „bestehende Patenschaften zwischen Bundeswehr und ehemaligen Verbänden der Wehrmacht offenzulegen und aufzulösen“. Nichts dergleichen geschah.

Die der Bundeswehr seit 1982 per Traditionsverlaß von einem SPD-Minister verordnete Distanz zum NS-Regime und seiner „teils

schuldhaft verstrickten, teils schuldlos mißbrauchten“ Wehrmacht – wenn es sie je wirklich gab – schwindet. Jene Grünen-MdBs, die die genannten Forderungen zur militärischen Traditionspflege zum Abschluß der Arbeit des Bundeswehrunterstellungsausschusses 1998 beantragten und die dann ab Oktober des Jahres in Regierungsverantwortung Gelegenheit hatten, sie umzusetzen, sie haben es nicht getan und nicht versucht. Bis auf eine Umbenennung blieb es bis heute bei den alten Namen der Kasernen von antisemitischen und faschistischen Vorbildern wie Fritsch und Mackensen u.a.

Während das Darmstädter Signal, eine kritische Soldaten- und Offiziersgruppe, bestehend vorwiegend aus Reservisten, faktisch Hausverbot bei der Bundeswehr hat, genießen die Traditionsverbände der Wehrmacht fast alle Freiheiten. Als die VVN-BdA zweimal zu Pfingsten in Mittenwald Gäste aus den Orten in Griechenland und anderen Ländern eingeladen hatte, die im Krieg von der Gebirgstruppe der Wehrmacht grausam heimgesucht worden waren, da bot sie der Bundeswehr an, diese Gäste in die Kasernen der heutigen Gebirgstruppe zu entsenden. Die Divisionsleitung in Sigmaringen lehnte 2003 ab; das Ministerium entsandte statt dessen 2004 demonstrativ das vorher schon halbwegs in Frage gestellte Musikkorps der BundeswehrgGebirgstruppe aus Garmisch-Partenkirchen und ließ einen Kranz des Verteidigungsministers am Denkmal der Gebirgsjäger, unter ihnen viele Kriegsverbrecher, niederle-

gen. Andererseits sind Minister, Botschafter und Konsuln effektiv unterwegs, um Kränze an Massakerorten niederzulegen, und der Kanzler eilte sogar nach Warschau und zum D-Day.

Die tonangebenden Veteranen der deutschen Gebirgstruppe und der Fallschirmjäger aus der Wehrmacht und aus der Bundeswehr (um zwei besonders einflussreiche Eliteverbände zu nennen) verfolgen eine Traditionslinie, die besagt, die Jäger der Wehrmacht wären die Elite deutschen Soldatentums gewesen; sie hätten im Zweiten Weltkrieg nicht nur tapfer, sondern auch ritterlich unter strenger Beachtung der internationalen Gesetze und Gebräuche des Krieges gekämpft. Aber spätestens mit dem 20. Juli 1944 sei jene Offiziersbewegung auf den Plan getreten, die sowohl die Bundesrepublik als auch ihre Wehr geprägt habe; dies ist nun das neuste Argument zur Entschuldigung der Wehrmacht. Hier ist eine neue Nuance erkennbar. Während ehemals die 20. Juli-Leute als „Eidesbrecher“, ja Verräter verurteilt waren, – niemand aus dem militärischen Widerstand konnte in der Bundeswehr Karriere machen – so wird nun der 20. Juli 1944 quasi zum Gründungsdatum der Bundeswehr umgelogen.

Schon gibt es Zeichen dafür, daß die reaktionärste Militärtradition auch den künftigen Geist der Truppe bestimmt. „Neue, noch nicht veröffentlichte Daten bestätigen einen zwar nicht überraschenden, aber dennoch ernststen Verdacht: daß Offiziersstudenten – die künftige Führungselite der Bundeswehr –

deutlich weiter rechts stehen als ihre zivilen Kommilitonen. Und sie sind in jüngsten Jahren noch ein Stück weiter nach rechts gerückt... Nach ihrer Zustimmung zu einer Liste von 14 politischen Zielen befragt, zeigten die Militärstudenten besonders konservative Überzeugungen beim Fragekomplex ‚Abwehr von Fremden‘; beim Ziel ‚Abwehr von kultureller Überfremdung‘ ist im Verlauf der drei Untersuchungen eine klare Bewegung nach rechts zu erkennen.“ „Die Zeit“, die diese Forschungsergebnisse präsentierte, schreibt dazu kommentierend: „Die Einstellungen dieser künftigen Truppenführer tendieren zum rechten Rand.“

Es gehört zum großen Irrtum der Gegenwart, daß Rechtsextremisten gegen den Krieg wären. Die Kriege auch der deutschen Bundeswehr mögen von rechts kritisiert werden ob der US-amerikanischen Dominanz. Doch daß der Krieg enttabuiert wurde und daß damit künftig deutsche und europäische Kriege im eigenen Interesse möglich werden, das begeistert die Rechten – von den Konservativen bis zu den Neonazis.

Ulrich Sander ist Landessprecher der VVN-BdA in Nordrhein-Westfalen und ZgK-Mitherausgeber. ZgK veröffentlicht Auszüge aus seinem Referat auf der Geschichts-Konferenz der Organisation Anfang Oktober in Buchenwald/Weimar; von ihm erschien zuletzt u.a. „Macht im Hintergrund – Militär und Politik in Deutschland von Seeckt bis Struck“, PapyRossa Verlag Köln. Siehe auch www.vvn-bda.de

Deutsche Interessen

Die Zeitschrift „Europäische Sicherheit“ spricht sich dafür aus, daß im angekündigten Bundeswehr-Weißbuch bei der Formulierung deutscher Interessen „Tabus fallen“. Deutsche Interessen seien – „und zwar an prominenter Stelle – Wirtschaftsinteressen... So ist es deutsches Interesse, den Zugang zu Rohstoffen zu sichern. Es liegt im deutschen Interesse, dafür zu sorgen, daß diese Rohstoffe in unser Land kommen.“

Mehr für die Rüstung

Der 38. Finanzplan für die Bundeswehr bis zum Jahr 2008 sieht „eine substantielle Aufstockung des Einzelplans 14 (=Rüstungsetats)“ vor. In der mittelfristigen Finanzplanung sind 24,0 Mrd. Euro für den Rüstungshaushalt 2006, 24,7 Mrd. Euro für 2007 und erneut 24,7 Mrd. Euro für 2008 eingeplant. Für weltweite Bundeswehreinsätze sind seit 1991 nach Angaben der Zeitschrift „Wehrtechnik“ 6,8 Mrd. Euro „einsatzbedingte Zusatzausgaben“ angefallen.

Berlin-Paris & EADS

Zwischen den Regierungen in Berlin und Paris kam es im November 2004 zu Spannungen über den weiteren Ausbau des Rüstungskonzerns EADS. Die französische Seite wünscht ein Zusammengehen von EADS mit dem französischen Rüstungskonzern Thales (Kriegsschiffbau). Berlin sieht das kritisch, weil dann bei EADS die bisherige deutsch-französische Parität in Frage stünde und es eine französische Vorherrschaft geben würde. Ende November richteten die Wirtschaftsminister beider Länder, Nicolas Sarkozy und Wolfgang Clement, die Arbeitsgruppe „Wirtschaftskooperation“ ein, die u.a. das Thema EADS-Erweiterung behandeln soll. Die Gruppe wird geleitet vom ThyssenKrupp-Aufsichtsratschef Gerhard Cromme und dem Chef des französischen Konzerns Saint Gobain, Jean-Louis Beffa. Beide verbindet vor allem, daß sie Mitglieder im European Round Table (ERT) sind, dem Zusammenschluß der 46 größten EU-Konzerne, zugleich mächtigster Industriellenverband auf EU-Ebene.

Neue Supermacht EU

Beim 15. Forum „Bundeswehr und Gesellschaft“ der „Welt am Sonntag“ plädierte Verteidigungsminister Struck für ein militärisch starkes Europa, das künftig „seinen Einfluß auf die amerikanische Supermacht besser geltend“ machen kann. Nach einer Studie des German Marshall Fund sind „zwar über 70 Prozent der Europäer dafür, daß die EU eine Supermacht wie die USA werden sollten. Aber nur gut 20 Prozent wären bereit, dafür höhere Militärausgaben zu akzeptieren. Der politische Anspruch, den Europa formuliert, muß in der Realität eingelöst werden.“

Sie marschieren wieder

von Jochen Traut

Ob zum „Heldengedenktag“, am Volkstrauertag in Halbe oder in Wunsiedel zum alljährlichen „Hess-Gedenken“, die alten und die neuen Nazis dürfen sich mit höchstrichterlichen Genehmigungen an ihren „Wallfahrtsorten“ unter dem Schutz der Polizei versammeln. Man tut zwar erschrocken über die Ergebnisse von NPD und DVU zu den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg, jedoch zu mehr reicht es nicht. Kein Aufbäumen, wenn die neu gewählten Landtagsabgeordneten der NPD von Sachsen auf einer Pressekonferenz verkünden dürfen: Auch Weimar ging einmal zu Ende. Keine öffentliche Reaktion auf ein Bündnis der Neonazis, wie zum Bundesparteitag der NPD im thüringischen Leinefelde verkündet: Wir wollen als Wahlbündnis der rechten Kräfte 2006 in den Bundestag einziehen. Nahziel, der Deutsche Bundestag, Fernziel, auch Weimar ging einmal zu Ende. Noch mehr, die wahren Herren dieser Bundesrepublik, wie unter anderem Herr Rogowski, dürfen offen aussprechen: Lieber NPD und DVU in Länderparlamenten als PDS in Länderregierungen. Bundesrepublikanischer Alltag.

Auch Alltag in Städten und Gemeinden. Da wird in Suhl, einer südthüringischen Kleinstadt, unter Verantwortung des Kulturamtes dieser Stadt im Waffenmuseum eine Sonderausstellung zu „Julius Kober – Ein deutscher Lebensweg 1894 – 1970“ präsentiert. „In seiner Zeit nur Literat?“, fragt die Basisgruppe Suhl/Zella-Mehlis der VVN/BdA in

einem Standpunkt zu dieser Sonderausstellung. Bereits im Jahr 2002 wurde in einer Schrift der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen folgender Text von Julius Kober hervorgehoben: „In Kunst, Kultur darf deutsches Blut nur führend sein.“

Einen anderen Spruch von Kober finden wir in dieser Sonderausstellung: „Völkerversöhnung ist das Begräbnis der Welt, Kampf unter den Völkern ist Weltenaufstieg. Arbeite an der Reinigung deiner Rasse. Je reiner, desto größer ist der Kampf, denn die neidischen Bastarde sind zahllos wie Sand am Meer.“ Kober ein Heimatfreund, einer, der sich der Pflege der Mundart u.a. verschrieben hatte, aber ein Mensch mit Engagement in der völkischen Bewegung und einer aktiven Teilnahme für den Nationalsozialismus. Es paßt in den vorherrschenden Zeitgeist, wenn eine Stadt solch einem Menschen in diesen Tagen eine Sonderausstellung widmet.

Ortswechsel in eine Kleinstadt auf der anderen Seite des Thüringer Waldes, der urkundlich ältesten Stadt in Thüringen, die in diesem Jahr ihr 1300-jähriges Jubiläum begeht. Da erscheint eine Chronik der Stadt Arnstadt mit 477 Seiten. In dieser werden auch alle Bürgermeister mit einer kurzen Biographie gewürdigt. Die letzte derartige Würdigung erfährt der, der als Nazi bis in die Apriltage des Jahres 1945 der oberste Bürger dieser Stadt war. Sein Nachfolger, ein Mann des antifaschistischen Widerstandes, ein Kommunist, erfährt diese Würdigung nicht! Nur ein Zufall? Arnstadt, eine Stadt, in der Johann Sebastian Bach seine erste Organi-

stenstelle innehatte. Arnstadt ist Bachstadt. 1934 wurde hier zu Recht ein Bachchor gegründet. Ein verdienstvolles Werk. Ein Chor, der bis heute die Bachschen Traditionen pflegt. Aber daß dessen Gründer ein aktiver Nazi war, ein Bruder des Nazi-Bürgermeisters, das wird in einer Würdigung dieses Chores, ebenfalls im Jahre 2004, verschwiegen. Herrschender Zeitgeist? Diese Beispiele, und sie könnten durch weitere ergänzt werden, zeigen, wie durch eine Vielzahl solcher „kleinen Dinge“ Neonazismus in der Mitte der Gesellschaft dieser BRD

wächst. Der Bundeswehr dieser BRD, weltweit im Einsatz, dem Erstarken des Neonazismus im Inneren des Landes in seinen vielfältigsten Formen, all dem entgegenzutreten, ist heute Pflicht von Antifaschisten und Kriegsgegnern, vor allem auch mit dem Blick auf den 8. Mai des Jahres 2005, dem 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. „Menschen, seid wachsam!“, mahnte der tschechische Schriftsteller Julius Fucik. Heute ist das aktueller denn je.

Jochen Traut ist stellvertretender PDS-Kreisvorsitzender im Ilm-Kreis

-Anzeige-

Sonntag 8. Januar 2005

Individualität bei Technik und Musik! (90 Pf.)
Individualität & Freiheit
Gut für jede Frau 24, 20, 28, 30 Jahre! (20 Pf.)
Einsatz 12 Pf.

Das ist die Zeit der
Gut für jede Frau
Einsatz 12 Pf.

Rosa Luxemburg Konferenz

Einladung zur Rosa Luxemburg Konferenz
am Sonntag, den 8. Januar 2005
um 14 Uhr im Kulturhaus
Suhl, Markt 10
Eintritt: 10,- € (inkl. Verpflegung)
Freiwillige Beiträge willkommen

Organisator: Rosa Luxemburg Konferenz
Suhl, Markt 10, 03091 Suhl
Telefon: 03091 22000
E-Mail: rosa.luxemburg.konferenz@suhl.de

Einladung zur Rosa Luxemburg Konferenz
am Sonntag, den 8. Januar 2005
um 14 Uhr im Kulturhaus
Suhl, Markt 10
Eintritt: 10,- € (inkl. Verpflegung)
Freiwillige Beiträge willkommen

Organisator: Rosa Luxemburg Konferenz
Suhl, Markt 10, 03091 Suhl
Telefon: 03091 22000
E-Mail: rosa.luxemburg.konferenz@suhl.de

Einladung zur Rosa Luxemburg Konferenz
am Sonntag, den 8. Januar 2005
um 14 Uhr im Kulturhaus
Suhl, Markt 10
Eintritt: 10,- € (inkl. Verpflegung)
Freiwillige Beiträge willkommen

Organisator: Rosa Luxemburg Konferenz
Suhl, Markt 10, 03091 Suhl
Telefon: 03091 22000
E-Mail: rosa.luxemburg.konferenz@suhl.de

Einladung zur Rosa Luxemburg Konferenz
am Sonntag, den 8. Januar 2005
um 14 Uhr im Kulturhaus
Suhl, Markt 10
Eintritt: 10,- € (inkl. Verpflegung)
Freiwillige Beiträge willkommen

Organisator: Rosa Luxemburg Konferenz
Suhl, Markt 10, 03091 Suhl
Telefon: 03091 22000
E-Mail: rosa.luxemburg.konferenz@suhl.de

Internationales Irak-Tribunal

HEARING IN FRANKFURT/M. über Krieg gegen Völkerrecht, Verbrechen während der Besatzung, die deutsche Beteiligung und die Mitverantwortung der UNO

29. Januar 2005, 10 - 18 Uhr
Frankfurter Gewerkschaftshaus, Wilhelm Leuschner Str. 69-77

Informationen:
<http://www.iraqtribunal.de/und> Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Tel.: 069 - 24249950; E-Mail: Frieden-und-Zukunft@t-online.de

Krieg gegen den Iran?

Nach dem Wahlsieg von George W. Bush werden im Umkreis des US-Präsidenten offene Kriegspläne gegen den Iran geschmiedet. Die Nahostexpertin bei dem einflussreichen neokonservativen American Enterprise Institute, Danielle Pletka, die für einen hohen Posten im neuen US-Außenministerium unter Condoleezza Rice vorgesehen ist, spricht sich gegen eine „Politik kleiner Schritte“ aus, wie seitens der EU-Länder gegenüber dem Iran praktiziert. Notwendig sei ein „ganzes Paket“, das mit einer massiven Unterstützung iranischer Oppositionsgruppen beginnen und bei Planspielen für eine Invasion enden könnte. Zuvor müsse allerdings der Irak gewaltsam „befriedet“ werden.

USA rüsten Pakistan hoch

Die US-Regierung droht der Regierung in Teheran „Konsequenzen“ an, wenn diese ihr Atomprogramm nicht beendet. Behauptet wird von Washington und EU-Regierungen, daß Teheran dabei sei, Atomwaffen zu entwickeln. Von Pakistan muß solches nicht gemutmaßt werden, das Land wurde in den achtziger Jahren Atomkraft – u.a. mit deutscher und US-Hilfe. Pakistan befindet sich in einer tiefen wirtschaftlichen und sozialen Krise und wird in starkem Maß von fundamentalistisch-islamistischen Kräften bestimmt. Mitte November 2004 verkündete die US-Regierung für Pakistan ein neues großes militärisches Hilfsprogramm in Höhe von 1,2 Mrd. US-Dollar.

Rom: Neofaschist Außenminister

Der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi, zugleich mächtigster Unternehmer des Landes, ernannte im November 2004 Gianfranco Fini zum neuen Außenminister des Landes. Fini war Chef der neofaschistischen Partei Italiens und hatte noch 1992 den Diktator Benito Mussolini als „größten Staatsmann des 20. Jahrhunderts“ bezeichnet. Seine Läuterung zum „gemäßigten Rechten“ und der Umbau der Neofaschisten zur „Nationalen Allianz“ gelten als taktisch bedingt. Finis neuer Karrieresprung löste bei der offiziellen EU keine Proteste aus.

Kriege wegen Energieknappheit

In einem Leitartikel der „Financial Times Deutschland“ vom 6. Oktober 2004 analysierte Olaf Preuss die energiepolitische Situation in Europa. Danach „sinkt die Energieförderung in der EU.“ Die Importabhängigkeit bei Rohöl und Mineralölprodukten steige bis zum Jahr 2020 von derzeit 77 auf 86 Prozent. Besonders drastisch sei die Entwicklung bei Erdgas, wo „der Importanteil laut EU von rund 50 Prozent im Jahr 2000 auf mehr als 75 Prozent 2020“ wachsen würde. Die Folgerung: „Europa braucht eine Energiepolitik, die deutlich stärker als heute Teil der EU-Außenpolitik ist.“

-Anzeige-

Ostern 25. - 27. 3. 2005

Sozialismustage der SAV, Sozialistische Alternative

Berlin-Tiergarten,
Jugendzentrum Pumpe,
Lützowstraße

www.sozialismus.info



Ein Appell an die USA und die deutsche Regierung

Anlässlich der US-Angriffe auf Falludscha und andere irakische Städte wenden sich der „Bundesausschuß Friedensratschlag“ und andere Gruppen mit folgendem dringenden Appell an die Öffentlichkeit. Wir fordern alle, die wie wir schockiert über das brutale Vorgehen der Besatzungsmacht im Irak und voll Sorge um die irakische Bevölkerung sind, diesen Appell mit ihrer Unterschrift zu unterstützen. Wer ihn unterzeichnen möchte, sende eine E-Mail an: kontakt@antikriegsforum-heidelberg.de, ein Fax an 06221/168995 oder schreibe an den „Bundesausschuß Friedensratschlag“, c/o Peter Strutynski, Nora-Platiel-Str. 5, 34109 Kassel

Irak – Stoppt die Eskalation!

Keine Unterstützung der Besatzer durch die deutsche Regierung

Der Krieg im Irak ist noch lange nicht vorbei und ein Ende ist nicht in Sicht. Die Zahl der Opfer unter der irakischen Bevölkerung – weit über 100.000 seit Beginn der Invasion, zumeist Frauen und Kinder – steigt täglich, und die der Besatzungstruppen auch. Die USA sind ganz offensichtlich nicht in der Lage, in dem Land, welches sie unter der Vortäuschung falscher Tatsachen und unter Bruch des Völkerrechts überfallen haben, Frieden und Demokratie herzustellen.

Die Besatzung ist auch durch die Resolutionen des UN-Sicherheitsrats nicht rechtmäßig geworden. Statt sie zu beenden und dem iraki-

schen Volk die Organisation seiner Gesellschaft selbst zu überlassen, sowie die Mittel zur Beseitigung der angerichteten Zerstörungen bereitzustellen, setzt die US-Regierung auf eine Marionettenregierung und die militärische Vernichtung des Widerstandes. Dies wird eine weitere Eskalation hervorrufen, die auch Wahlen unter US-amerikanischem Protektorat nicht beenden können. Den USA und ihren Verbündeten sind in diesem Teil der Welt so wenige Freunde verblieben, daß jede auf sie gestützte politische Organisation ohne jegliche Legitimation bleiben wird und nur mit militärischer Unterstützung durch

die USA überleben kann.

Wir fordern die Regierung der Vereinigten Staaten auf, ihre Truppen ohne Bedingungen aus dem Irak abzuziehen und Wiedergutmachung für die angerichteten Schäden zu leisten. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß ihre Präsenz einen positiven Beitrag zur Stabilisierung der Region leisten könne. Im Gegenteil: Solange sie den Irak besetzt halten, wird der Widerstand anwachsen und Krieg und Vernichtung eskalieren.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die politische, ökonomische und militärische Unterstützung dieses Verbrechens unverzüglich zu

beenden: Wirken Sie auf Ihre Verbündeten ein und bewegen Sie sie zum Rückzug ihrer Truppen aus dem Irak. Gewähren Sie Asyl all jenen Soldaten, die sich weigern, im Irak Krieg zu führen.

Bis dieser Rückzug bewerkstelligt ist, bekräftigen wir, daß wir uns mit allen uns zur Verfügung stehenden friedlichen und legalen Mitteln gegen jeden Versuch wenden werden, den irakischen Widerstand durch eine Militäreskalation niederzuschlagen, wie es während des Vietnam-Krieges mit dem vietnamesischen Widerstand versucht wurde.

Prof. Norman Paech, Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg · **Dr. Peter Strutynski**, Bundesausschuß Friedensratschlag, Kassel · **Hans von Sponeck**, ehem. Koordinator des humanitären UN-Hilfsprogramms für Irak, Genf · **Tobias Pflüger**, MDEP, Infostelle Militarisation (IM) e.V., Wissenschaftlicher Beirat von attac, Tübingen · **Joachim Guilliard**, Initiative Internat. Irak-Tribunal ITI, Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg · **Wolfgang Kuhlmann**, Jurist, FriedensTreiberAgentur, Düsseldorf · **Eckart Spoo**, Chefredakteur von Ossietzky, Berlin · **Kilian Stein**, Richter i.R., Vorstandsmitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte, Berlin · **Dr. Sabah Alnasseri**, Politikwissenschaftler an den Universitäten Frankfurt am Main und Kassel · **Prof. Dr. Gregor Schirmer**, Völkerrechtler, Woltersdorf · **Dr. André Brie**, Mitglied des Europäischen Parlaments · **Rolf Becker**, Schauspieler, Hamburg · **Prof. Dr. Jürgen Rochlitz**, ehem. Mitglied des Dt. Bundestags, Burgwald · **Prof. Dr. Klaus Bitzer**, Abteilung Ge-

ologie, Universität Bayreuth, Bayreuth · **Barbara Fuchs**, Kulturwissenschaftlerin, Attac Globalisierung & Krieg, Berlin · **Eberhard Schultz**, Rechtsanwalt, Internationale Liga für Menschenrechte, Republikanischen Anwaltsverein, Berlin/Bremen · **Harry Siegert**, Gewerkschaftssekretär DGB Rhein-Neckar, Viernheim · **Rüdiger Göbel**, stellv. Chefredakteur, junge Welt · **Michael Schmid**, Pädagoge/Sozialwissenschaftler, Vorsitzender Internat. Versöhnungsbund LG BaWü., Gammertingen · **Thomas Immanuel Steinberg**, Diplom-Volkswirt, Hamburg · **Ulla Jelpke**, Redakteurin, ehem. Mitglied des Dt. Bundestags, Berlin · **Rainer Rupp**, Dipl. Volkswirt, Journalist, Saarburg · **Klaus von Raussendorff**, Journalist, Bonn · **Hermann Kopp**, Redakteur Marxistische Blätter, Düsseldorf · **Laura von Wimpersperg**, Sprecherin Friedenskoordination Berlin · **Ulrich Sander**, Landessprecher VVN-BdA in Nordrhein-Westfalen · **Dr. Winfried Wolf**, Wissenschaftlicher Beirat von attac, ehem. Mitglied des Dt. Bundestags

Revolution im Iran vor 25 Jahren

Opfer mahnen für das Heute

von **Ulrich Sander**

Wenige Tage nach dem revolutionären Umsturz vom 11. Februar 1979 reiste ich als Reporter der Zeitung „Unsere Zeit“ mit dem ersten Flugzeug aus Europa, das nach mehrwöchiger Flugpause wieder in Teheran landete, in den Iran. Mit dabei war ein junger Kollege von „elan“. Ich besuchte die Stätten der Revolution, nahm an Demonstrationen teil, führte Gespräche mit den revolutionären Gläubigen, den Frauen, den Jugendlichen, den fortschrittlichen Schriftstellern wie den aus den Gefängnissen entlassenen Tudeh-Leuten. Die Freude über den Triumph über die verhaßte Schah-Diktatur und die Vertreibung der Vertreter des US-Imperialismus, der 26 Jahre zuvor das Land – und das Öl! – dem Volk entrissen hatte, war überwältigend. Ich schrieb gemeinsam mit Jürgen Pomorin den Reportageband „Iran zwischen Februar und Frühling“. Vieles, was wir aufschrieben, kann heute noch gelten. Wir machten Momentaufnahmen und gaben die Hoffnungen der revolutionären Akteure wieder. Aber die Stellen, in denen ich mir

die Hoffnungen kurzschlüssig zu eigenen machte und als gesicherte Perspektiven ausgab, Perspektiven, daß dem Februar ein demokratischer Frühling und auch ein Oktober folgen werde, so im Kapitel „Was ist das – islamische Republik“, diese bereiten mir heute große Sorgen, und ich lese sie mit Beklemmung.

Wieder kämpfen heute islamische Revolutionäre um die Macht im Staate, diesmal im Nachbarland Irak. Sie verbünden sich zu grausamen Feldzügen und Anschlägen mit den Vertretern des alten Regimes des Saddam Hussein, mit Kriminellen und Terroristen gegen die USA und gegen alle, die sie für Handlanger der USA halten. Ihre Opfer sind vor allem irakische Mitbürger. Ich erkenne heute im Irak die Kräfte wieder, die im Iran der achtziger Jahre der Revolution die furchtbare Wende bereiteten. So viele meiner Gesprächspartner, so viele Genossen und Genossen wurden in das Ewin-Gefängnis in Teheran zurückgebracht, dem sie nach jahrzehntelanger Haft und Folter entronnen waren. Nun wurden sie Opfer noch grausamerer Behandlung; weit mehr fortschrittliche Menschen als unter der USA- und Schah-Herr-

schaft, viele Zigtausende wurden von den schiitischen Islamisten ermordet.

Lenin hatte einst gesagt: „Die Einheit dieses revolutionären Kampfes der unterdrückten Klasse für ein Paradies auf Erden ist uns wichtiger als die Einheit der Meinungen der Proletarier über das Paradies im Himmel.“ Das war ein Waffenstillstandsangebot im ideologischen Kampf. Die Ayatollahs haben es nie angenommen.

Ich hatte übersehen – und darauf kamen wir nicht, als wir alles unter den Vorzeichen der Systemauseinandersetzung sahen – daß es nicht reicht, den USA-Imperialismus zu bekämpfen, um ein besseres Leben, Demokratie und Freiheit zu sichern. Heute weiß ich, daß religiöser Fundamentalismus ein Gegner des Friedens und des Fortschritts ist, der unsere Parteinahme verlangt – für den Frieden und den gesellschaftlichen Fortschritt, für die Menschen. Wenn, wie im Irak heute, nicht nur der US-Imperialismus und die bewaffneten arabischen Kräfte aufeinander treffen, sondern wenn diese auch letztlich unter religiösen fundamentalistischen Vorzeichen – mal als Antiislamisten, mal als Antise-

miten – streiten, dann verbietet sich die Parteinahme für eine der kämpfenden Seiten, es gebietet sich dagegen die Parteinahme für die Bevölkerung. Und diese braucht und will Frieden.

Auf die Friedensbewegung sollte niemand mehr zählen, wenn er Partner für die Gewalttäter sucht. Wir haben auf gleiche Distanz zu gehen – zu den US-Truppen und ihren „willigen“ Partnern ohnehin, aber auch zu dem, was heute unter „Aufständische“ und „Widerstand“ firmiert. Die Auseinandersetzung mit reaktionärer Religiosität gleich welcher Färbung hat aufgehört, eine Auseinandersetzung mit einem Nebenwiderspruch zu sein, der dem „großen Ziel“ unterzuordnen ist. Wer wie Bush Massenvernichtungsmittel zum Lobe Gottes bereithält und wie die Islamisten den Glauben der Selbstmordattentäter an das Jenseits als Märtyrer-Waffe mißbraucht, ist unser Gegner. In diesem Krieg haben wir uns nicht auf eine Kriegspartei zu orientieren, sondern den Krieg zu bekämpfen.

Ulrich Sander ist Landessprecher der VVN-BdA in Nordrhein-Westfalen

Frieden für Tschetschenien nur durch Verhandlungen

Seit 1999 führt Rußland im Nordkaukasus Krieg gegen seine nach Unabhängigkeit strebende Provinz Tschetschenien. Von der internationalen Öffentlichkeit kaum bemerkt kommt es dabei zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen vor allem durch russische Einheiten. ZgK sprach darüber mit der Menschenrechtlerin Lipkhan Basajewa:



Lipkhan Basajewa

Welche Folgen hat der Krieg für die Menschen?

Der Krieg hat alles zerstört. Die Wirtschaft, die Infrastruktur, die Häuser. Ein normales Leben ist nicht mehr möglich. Natürlich kann man zerstörte Häuser wieder aufbauen, aber die Toten bringt keiner zurück. Unter den Opfern sind auch viele Zivilisten.

Nach jedem terroristischen Akt verschwinden Menschen, 30 bis 50 pro Monat. In 90 Prozent der Fälle ist das Militär oder die Miliz verantwortlich. Mitten in der Nacht oder früh am Morgen werden Häuser gestürmt und Bewohner ohne jede Vorwarnung mitgenommen. Keiner weiß, wo sie hingebracht werden, geschweige denn, daß die Festgenommenen einen Anwalt sprechen könnten.

Was passiert mit ihnen?

Ein Teil wird umgebracht und einfach an den Straßenrand geworfen. Ein Teil wird freigelassen, und ein dritter Teil muß freigekauft werden. Von Januar bis Oktober 2004 sind 282 Menschen festgenommen worden. 136 wurden freigelassen oder freigekauft; von 20 fand man die Leichen, 126 sind verschwunden.

Gibt es auch Menschenrechtsverletzungen von islamistischen oder seperatistischen Gruppen?

Der Krieg geht um den Status des Staates, nicht um religiöse Fragen.

Natürlich wenden auch die Menschen, die Widerstand leisten, Gewalt an. In diesem Jahr wurden nach unseren Informationen acht Vertreter der staatlichen Verwaltung umgebracht.

Wer ist die andere Seite? Eine homogene seperatistische Gruppierung oder gibt es islamistische Kräfte darin?

Es ist schwer, Aussagen über diese Menschen zu machen, weil sie natürlich verdeckt operieren. Im Prinzip sind es Separatisten. Die Vorstellung, daß es sich um einen islamistischen Krieg handelt, gehört mehr in den Bereich der russischen Propaganda. Die Unabhängigkeitsbewegung soll als eine religiöse dargestellt werden, um zu vertuschen, daß es sich um einen politischen Konflikt handelt, nämlich darum, daß die Menschen für Unabhängigkeit kämpfen.

Wie ist das Verhältnis der russischen Behörden zu den Menschenrechtsgruppen?

Es gibt natürlich Schwierigkeiten im Umgang mit der Macht, aber im Vergleich zu dem, worunter die normale Zivilbevölkerung zu leiden hat, ist es nichts. Wir stehen in Verbindung mit der OSZE, dem Europarat und der UNO und haben dadurch einen gewissen Schutz.

Wie ist das Verhältnis zu russischen Friedensgruppen?

Es gibt zum Beispiel zum Helsinki-

Menschenrechtskomitee in Moskau Kontakte sowie zu verschiedenen regionalen Menschenrechtsgruppen. Memorial pflegt eine enge Zusammenarbeit sowohl mit russischen als auch tschetschenischen Organisationen.

Gibt es in der russischen Armee Widerstand gegen den Krieg?

Es gibt eine Organisation der Soldatenmütter, die gegen den Krieg kämpfen und sich sehr aktiv dafür engagieren, daß ihre Söhne nicht in Tschetschenien eingesetzt werden

Wie könnte eine Lösung für Tschetschenien aussehen?

Es muß Verhandlungen über eine friedliche Lösung geben, das fordern auch die Soldatenmütter. Vertreter verschiedener politischer Bewegungen, die keine Angst haben, miteinander zu leben, müssen miteinander sprechen. Sowohl untereinander, als auch mit der russischen Seite, denn diese hat natürlich eine wichtige Rolle. Den Krieg führt die russische Seite und benutzt die pro-russischen Kräfte.

Weshalb wird nicht verhandelt?

Weil Rußland eine sehr strikte Anti-Verhandlungsposition vertritt, weil es in Rußland Kräfte gibt, zu denen auch Präsident Wladimir Putin gehört, die diesen Krieg bis zum siegreichen Ende weiter führen wollen.

Nach dem ersten Tschetschenien-Krieg weigerten sich Gruppen wie die von Bassajew, der auch für die Geiselname in der Schule von Beslan verantwortlich gemacht wird, sich entwaffnen zu lassen. Gibt es auch auf tschetschenischer Seite Warlords, die ein Interesse daran haben, daß dieser Krieg immer weiter geht?

Selbstverständlich gibt es auf der tschetschenischen Seite Menschen, die an den Kriegszustand gewöhnt sind und sich keine andere Lebensweise vorstellen können. Aber es gibt in Tschetschenien nur eine le-

gitime Seite, die des ehemaligen Präsidenten von Tschetschenien, Maschadow. Die anderen Kräfte, die kriminellen Gruppen, die an diesem Krieg teilnehmen und ihre eigenen Ziele verfolgen, werden nicht mehr aktiv sein können, wenn es einmal Frieden gibt.

Wie kann der Frieden durchgesetzt werden? Braucht es internationale Friedensgruppen für eine Übergangszeit?

Rußland und Tschetschenien werden von allein nicht aus dieser Krise herausfinden. Organisationen wie die UNO, die OSZE, der Europarat müssen helfen. Und wenn es ein Friedensabkommen gibt, dann müssen unbedingt Kräfte dabei sein, die den Frieden unterstützen und pflegen. Daher wäre es gut, wenn europäische, internationale Beobachter da wären.

Wenn man die guten Beziehungen der europäischen Regierungen, nicht zuletzt der deutschen, zu Putin und deren enge Geschäftsbeziehungen zu Rußland anschaut, kann man da noch auf neutrale Vermittlung hoffen?

Leider gibt es viel Zynismus in der Politik. Wenn sich der deutsche Regierungschef Putin zuwendet und die Rechte der Tschetschenen mißachtet, dann vergeht er sich auch an seinem eigenen Volk. Ich habe in vielen Gesprächen in Deutschland festgestellt, daß die Menschen nicht damit einverstanden sind, ihre Seele für russisches Öl und Gas zu verkaufen.

Lipkhan Basajewa ist seit 2000 Vorstandsmitglied der russischen Menschenrechtsorganisation Memorial, die in Tschetschenien sowie im benachbarten Inguschetien seit Beginn der 1990er verschiedene Hilfsprojekte für Frauen aufgebaut hat. Bis 1999 war sie Dozentin für russische Literatur und Linguistik an der Universität der tschetschenischen Hauptstadt Grosny und half bei der Organisation verschiedener Friedensmärsche. Das Interview für die ZgK führte Wolfgang Pomrehn

Türkei vor Invasion im Nordirak?

Türkischen Medienberichten zufolge stehen seit November 2004 rund 40.000 Mann der 2. Armee im südosttürkischen Malatya bereit. Sie könnten nach einem entsprechenden Marschbefehl innerhalb von 18 Stunden die irakische Grenze überqueren. Anfang November 2004 sagte der stellvertretende Generalstabschef Ilker Basbug vor der Presse in Ankara, die nordirakische Region Kirkuk berge zwölf Prozent der irakischen Ölvorräte; wenn man diese Ressourcen „einer Gruppe allein aushändigt, könnte das einen Bürgerkrieg auslösen“. Es sei „naiv zu glauben, dass die Türkei davon nicht betroffen wäre“, so der General. Kirkuk müsse „einen Sonderstatus“ bekommen, der „allen Irakern eine Beteiligung am Erdöl ermöglichen“ würde. Kirkuk liegt südlich des 36. Breitengrades und damit außerhalb der Schutzzone der kurdischen Gebiete. In der Praxis wird das multiethnisch bevölkerte Gebiet jedoch inzwischen in starkem Maß von kurdischen Kräften dominiert. Die türkischen Militärs orientieren auf einen Zerfall des Iraks, der zur Machtübernahme von kurdischen Kräften im Nordirak führen würde. Dies spätestens würde als Signal für einen Einmarsch der türkischen Armee und für eine Besetzung dieser Öl-Region gelten.

-Anzeige-

Sicherheitskonferenz Berlin

Ende November 2004 trafen sich 1100 „Entscheidungssträger“ im Berliner Congress Center am Alexanderplatz zur „Berliner Konferenz für Verteidigungspolitik“. Das Treffen wird vom Industriellenverband BDI und dem US-Rüstungskonzern Northrop Grumman finanziert. Die Münchner Sicherheitskonferenz behandelt die „großen Themen“ der Rüstungsbranche und Kriegsminister, sie ist zugleich von der transatlantischen (USA-EU) Debatte geprägt. Auf der Berliner Sicherheitskonferenz geht es vor allem darum, die technischen und administrativen Grundlagen kommender Kriege zu schaffen und vorzubereiten. Sie ist vor allem von der Debatte über die EU-Aufrüstung geprägt. Auf dem diesjährigen Treffen der EU-Rüstungsindustriellen und Verteidigungspolitiker wurde in vielen Beiträgen wie selbstverständlich davon ausgegangen, dass die EU-Staaten Kriege führen werden.

-Anzeige-

Gegen Militäreinsatz im Sudan

Eine Bundeswehreinheit soll die Truppen der Afrikanischen Union bei ihrem Transport in die sudaneseische Krisenregion Darfur unterstützen. Vorgesehen sind Lufttransportkapazitäten und ein Kontingent von bis zu 200 Soldaten. Die Bundeswehr handelt als Teil einer von der EU koordinierten Aktion zur „Unterstützung der AU bei der Aufstockung und Verstärkung sowie bei der Durchführung der Überwachungsmission AMIS mit Lufttransport in das Einsatzgebiet und bei der Rückverlegung“. Der Einsatz, der zunächst auf ein halbes Jahr befristet ist, kostet 6,75 Mio. Euro. Die EU stellt mehr als 80 Mio. Euro für ihre Militärmission zur Verfügung.

Der **Bundesausschuß Friedensratschlag** wendet sich gegen eine Beteiligung Deutschlands und der EU an den von der AU geplanten Militäraktionen in der Region Darfur. Statt dessen plädieren wir für eine großzügige Aufstockung der Mittel für humanitäre Hilfsmaßnahmen. Dafür führen wir folgende Gründe an:

1. Die von der Bundesregierung herausgegebenen und in den meisten Medien verbreiteten Berichte über die humanitäre Lage in der Krisenregion Darfur und im angrenzenden Tschad stellen die Situation in einem verzerrten Licht dar. Von „Völkermord“, der sich dort unter den Augen der

Weltöffentlichkeit vollzieht, wird nur von US-amerikanischen und deutschen Politikern gesprochen – von US-amerikanischen auch erst, seitdem sie ein Auge auf die immensen Erdölvorräte im Westsudan geworfen haben.

2. Die Außenpolitik der Bundesregierung gegenüber Sudan ist von einer feindseligen Haltung gegenüber der Zentralregierung in Khartoum geprägt. Seit längerem heizen Außen- und Entwicklungsministerium die Diskussion durch Forderungen nach einem entschiedenen militärischen Eingreifen von außen in Darfur an. Durchaus möglich also, daß die Bundesregierung im Sudan auch noch andere als die vermeintlichen humanitären Ziele verfolgt.

3. Die 6,75 Mio. Euro, die für die Bundeswehraktion bereitgestellt werden, sind sinnvoller einzusetzen. Dasselbe gilt in noch höherem Maß für die über 80 Mio. Euro der Europäischen Union. Schon mit wenigen Millionen Euro könnte man mobile Ärzte finanzieren, statt mit unvergleichlich höherem Aufwand die immense Logistik für die von weither eingeflogenen afrikanischen Militärs aufzubauen.

4. Eine militärische Befriedung des Gebiets, das so groß ist wie Frankreich, ist auch mit noch so vielen Truppen nicht möglich. Das viele Geld,

das von der EU, aber auch von den afrikanischen Staaten für militärische Aktionen ausgegeben werden soll, wird im besten Fall verpuffen, aber kaum ein einzelnes Unrecht verhindern oder Menschenleben schützen.

5. Es drängt sich der Verdacht auf, daß die Bundesregierung mit dem Sudan-Einsatz ein weiteres Mal versucht, unter dem Deckmantel der „humanitären Hilfe“ die Bevölkerung an Militäreinsätze zu gewöhnen. Abgesehen davon wird es aller Voraussicht nach nicht bei dem jetzt beantragten halbjährigen Einsatz bleiben, da auch der Einsatz der AU zumindest auf ein Jahr angelegt ist.

6. Offenkundig ist auch, daß die Bundesregierung den Sudan-Einsatz benutzt, um sich bei bestimmten Kreisen der Vereinten Nationen lieb Kind zu machen, strebt sie doch nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Den Problemen in Darfur und im angrenzenden Tschad ist nicht mit Militär beizukommen. Die dafür vorgesehenen Ressourcen sind in wirklich humanitäre Hilfsmaßnahmen einschließlich technischer Hilfen zu investieren.

Lühr Henken und Peter Strutynski für den Bundesausschuß Friedensratschlag; ZgK dokumentiert Auszüge aus einer Presseerklärung

Lesen Sie das Kleingedruckte!

Die „Zeitung gegen den Krieg - ZgK“ ist so konzipiert, dass sie vor allem von Gruppen und Initiativen für eine breiter angelegte Aufklärung über Rüstung und Krieg eingesetzt werden kann. Daher Abnahmepreise je Exemplar, die zwischen 25 Cent und 13,5 Cent liegen. Wir versuchen jedoch auch, Einzelabos zu gewinnen. Das hätte erstens für die Zeitung den Vorteil, dass diese eine finanzielle Grundfinanzierung bekommt. Das bringt zweitens den Einzel-Abonnierenden den Vorteil, die neue Ausgabe der ZgK immer pünktlich nach Erscheinen im Briefkasten zu haben. Wenn man und frau jeweils nicht ein, sondern zwei, drei oder fünf Exemplare abonniert (was – siehe unten – preislich keinen großen Unterschied macht), dann kann mensch das eine und andere Exemplar bei Freunden und Freundinnen „streuen“.

Abobedingungen:

Das Abo bezieht sich jeweils auf vier aufeinander folgende ZgK-Ausgaben, was in der Regel einem Jahr entspricht.

☐ bei Bezug von jeweils 1 Ex. liegt der Abopreis bei 16 Euro ☐ bei Bezug von jeweils 2 Ex. bei 18 Euro ☐ bei Bezug von jeweils 3 Ex. bei 20 Euro ☐ bei Bezug von jeweils 4 Ex. bei 22 Euro ☐ bei Bezug von jeweils 5 Ex. bei 24 Euro.

Bestellungen an: zeitung-gegen-den-krieg@gmx.de (andere Adressen siehe Impressum s.2)

DAKS-Fonds hilft Rüstungsexportopfern

In Zusammenarbeit mit den Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte stieg die deutsche Firma Heckler & Koch zum Weltmeister bei Lizenzvergaben für das G3-Gewehr auf. Bis heute werden sie auch in anderen Ländern nachgebaut. Rund 10 Millionen G3 befinden sich derzeit im Einsatz in Kriegen und Bürgerkriegen. Mittlerweile sind mehr als 1,5 Millionen Menschen durch Heckler & Koch-Waffen erschossen worden, Hunderttausende körperlich verstümmelter und psychisch traumatisierter Menschen führen ein menschenunwürdiges Leben. Vierzig Jahre nach Einführung des G3 bei der Bundeswehr mit vielzähligen Direktexporten und Lizenzvergaben droht eine Wiederholung dieser schrecklichen „Erfolgsgeschichte“ mit neu entwickelten H&K-Waffen (G36, XM8, OICW).

Das Deutsche Aktionsnetz Kleinwaffen Stoppen will mit dem neu gegründeten DAKS-Fonds Kontakt zu den Opfern aufnehmen, sie einladen und ihre Klageverfahren unterstützen. Manche Opfer des Einsatzes von „Kleinwaffen“ beabsichtigen, auf rechtlichem Weg gegen die Waffenfirmen und die politischen Entscheidungsträger vorzugehen. Der DAKS-Fonds will sie unterstützen, um öffentliche Aufmerksamkeit zu gewinnen und weitere Rüstungsexporte an menschenrechtsverletzende Regime zu verhindern.

Spenden an den DAKS-Fonds: RIB e.V.; GLS-Bank Freiburg, BLZ 43060967, Konto-Nr. 8041073800, Stichwort „DAKS-FONDS“

Zivil & militärisch

Immer mehr Wirtschaftsdeals verbinden militärische und zivile Aufträge. 2002 bestellte Polen in den USA Kampfjets. Im Gegenzug baute General Motors im polnischen Gliwice eine Pkw-Fertigungsstätte, die inzwischen Teil der Überkapazitäten von General Motors/Opel ist. 2001 erwarb MAN in Großbritannien den britischen Lkw-Hersteller ERF. 2003 bestellte die österreichische Regierung 18 Eurofighter für vier Mrd. Euro beim Eurofighter-Konsortium, das vor allem aus der deutsch-französisch-spanischen EADS und dem britischen Rüstungsriesen BAe besteht. London versprach eine Gegenleistung. Im Oktober 2004 kaufte London für 1,6 Mrd. Euro 5000 schwere Militär-Lkw bei MAN, die in einem MAN-Werk in Österreich hergestellt werden.

Berlin schenkt Irak Panzer

Seit November 2004 bilden Bundeswehr-Offiziere Militärs der irakischen Marionettenregierung in den Vereinigten Arabischen Emiraten an deutschen Fuchs-Panzern aus. 20 Panzer dieses Typs hat Berlin Bagdad geschenkt. Sie sollen ab Anfang 2005 im Irak eingesetzt werden. Sie eignen sich vor allem zur Aufstands-bekämpfung im Straßenkampf.

Struck: Bundeswehr besser

Mit Blick auf den Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan äußerte der deutsche Verteidigungsminister Struck: „Briten und Amerikaner verfügen nicht über dieses Ausmaß an Erfahrung wie die Bundeswehr.“

Auch Rot-Grün rüstet die Türkei auf

von Jürgen Grässlin

Bei Waffenlieferungen an die Türkei kann Deutschland auf eine unruhliche Tradition zurückblicken. Am folgenschwersten haben sich die Lizenzvergaben im Handfeuerwaffenbereich ausgewirkt. Seit 1967 fertigte das staatliche Rüstungsunternehmen MKEK das Schnellfeuerwaffe G3 und seit 1983 die Maschinenpistole MP5 der Oberndorfer Waffenfirma Heckler & Koch (H&K) auf der Basis deutscher Lizenzen. Diese avancierten zu den Standardwaffen der

CDU/CSU-FDP-Bundesregierung während ihrer 16-jährigen Amtszeit im Rahmen der sogenannten NATO-Verteidigungshilfe Rüstungstransfers und Dienstleistungen im Wert von über 2,5 Milliarden Euro an die türkische Armee. Ankara erhielt NVA-Überschusswaffen, unter anderem 300 NVA-Schützenpanzer BTR 60, 256.125 Kalaschnikow-Sturmgewehre AK47 und 100 Millionen Schuss Munition.

Vor der Bundestagswahl 1998 demonstrierten Sozialdemokraten und Bündnisgrüne bei Friedensdemonstrationen medienträchtig für

– und der passenden 5,56 mm-Munition von Fritz Werner – genehmigt von der SPD-Grünen-Bundesregierung – ihre Repression in Türkisch-Kurdistan aufrecht erhalten können.

Im Jahr 2002 rangierte Ankara mit Einzelgenehmigungen im Wert von 124,0 Millionen Euro auf Rang sieben der wichtigsten Bestimmungsländer deutscher Waffenlieferungen. Die Exportgenehmigungen für Abschubeinrichtungen für Flugkörper, Teile für Torpedos oder Feuerleiteinrichtungen stellen alles andere als einen Beitrag zum Frieden in der Türkei dar. Schlimmer noch. Obwohl im Herbst 2004 die neuerliche Präsenz von NVA-Panzern in Türkisch-Kurdistan durch ein deutsches Fernsehteam belegt wurde, spielte der Bundesverteidigungsminister zeitgleich mit dem Feuer. In Anwesenheit seines türkischen Kollegen Vecdi Gönül verkündete Peter Struck: „Wenn die türkische Regierung jetzt eine entsprechende Anfrage stellen würde, würde ich dem Bundeskanzler empfehlen, diese Anfrage positiv zu beantworten.“ Die 350 Leopard-2-Panzer aus Bundeswehrbeständen sollen dabei lediglich eine Übergangslösung darstellen, bis sich die türkische Rüstungsindustrie in der Lage sieht, eigene Panzer zu fertigen. All dies passiert, obwohl die Türkei in zumindest drei Fällen den Endverbleib der beim Staatsunternehmen MKEK gefertigten MP5-Maschinenpistolen durch Reexporte an Staaten im Nahen Osten und nach Indonesien gebrochen hat. Gemäß den aktuellen „Politischen Grundsätzen zum Rüstungsexport“ müßten allein schon dieser Vertragsbrüche wegen SÄMTLICHE Waffenexporte an die Türkei bis zur „Beseitigung der Umstände“ gestoppt werden.

Strucks Panzerofferte an die NA-



Ein BTR 60-Radpanzer aus NVA-Beständen beim Einsatz im kurdischen Kriegsgebiet in den 90ern

türkischen Polizei und des Militärs. Nur ein Jahr danach brach im Südosten des Landes ein Bürgerkrieg zwischen türkischen „Sicherheitskräften“ und der PKK aus. Bis 1998 wurden mehr als 3500 kurdische Dörfer dem Erdboden gleich gemacht. Offiziell fanden mehr als 5000 Angehörige der Sicherheitskräfte, 40.000 PKK-Kämpfer sowie 5200 Zivilisten den Tod – laut Augenzeugen starben rund 80 Prozent von ihnen durch den Einsatz von H&K-Waffen.

Unbeeindruckt vom massiven Einsatz deutscher Waffen im Krieg gegen die Kurden genehmigte die

einen Politikwechsel – auch mit der Forderung: „Stoppt die Waffenexporte in die Türkei!“ Kurz vor dem Regierungswechsel bewilligte Bundeskanzler Helmut Kohl die Lizenzvergabe für die Fertigung von rund 500.000 HK33-Gewehren bei MKEK. Das HK33-Gewehr wird das Schnellfeuerwaffe G3 in den kommenden eineinhalb Jahrzehnten völlig ersetzen. Nach dem Regierungswechsel genehmigte Rot-Grün den Bau einer Fabrik zur Fertigung der HK33-Munition. Zukünftig wird also die türkische Armee mit HK33-Gewehren – genehmigt von der CDU/CSU-FDP-Bundesregie-

Deutsche Beihilfe zum Massenmord

von Jürgen Grässlin

Offen wie nie zuvor jubelt die deutsche Rüstungsindustrie über die grenzenlose Unterstützung seitens der Bundesregierung. So lobte Rainer Hertrich, Präsident des Bundesverbands der Luft- und Raumfahrtindustrie, jüngst die Rot-Grüne Rüstungsexportpolitik: Lange Zeit sei Deutschland gegenüber den anderen großen Exportnationen im Nachteil gewesen. Doch jetzt, „nach Jahrzehnten“ restriktiv gehandhabter Rüstungsexportpolitik, zeichne sich endlich Normalisierung ab. Das Lob des einflussreichsten deutschen Rüstungslobbyisten ist nachvoll-

ziehbar, denn tatsächlich galten Rüstungsexporte, vor allem an menschenrechtsverletzende Staaten, bislang als problematisch. Exportanträge wurden dementsprechend häufig abgelehnt. In den „Politischen Grundsätzen“ für den Kriegswaffenexport vom Januar 2000 hatte die Bundesregierung ihre positiv zu bewertende Absicht festgeschrieben, wonach Rüstungsexporte „grundsätzlich nicht genehmigt“ würden, „wenn der hinreichende Verdacht besteht, daß das betreffende Rüstungsgut zur internen Repression oder zu sonstigen fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen mißbraucht“ werde.

Die „Politischen Grundsätze“ wurden und werden mit Waffenlieferungen in nahezu alle Regionen der Welt jedoch ad absurdum geführt. Laut Angaben des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) rangierte Deutschland im Zeitraum von 1998 bis 2002 mit Rüstungstransfers im Volumen von 4,95 Milliarden US-Dollar auf Platz vier der Weltwaffenexporteure. Seit der Amtsübernahme durch Rot-Grün stieg Deutschland damit um einen Platz auf. Die New York Times bescheinigte Deutschland für das Jahr 2003 sogar einen unrühmlichen dritten Platz der Staaten, die Vereinbarungen für Waffentransaktionen abgeschlossen hatten. Mit Rüstungsexportvereinbarungen im Wert von 1,4 Milliarden Dollar übertrafen in diesem Jahr lediglich

die USA und Rußland die Bundesrepublik Deutschland.

Wer Waffen an menschenrechtsverletzende Regime oder in Spannungsgebiete wie Israel, Indien, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate oder Nepal liefert, leistet einen aktiven Beitrag zum Massenmord. Geht es nach den Interessen des Bundeskanzlers, dann wird weiter „liberalisiert“. So könnten sich beispielsweise Libyen oder China alsbald nachhaltig in die Liste legaler Empfänger deutscher Waffen eintragen. Dabei bescheinigt amnesty international Libyen, daß „Menschenrechtsverletzungen nach wie vor weit verbreitet“ seien. Und China wirft ai im jüngsten Jahresbericht „ungemindert schwere Menschenrechtsverletzungen“ sowie die Verurteilung und Hinrichtung „tausender Personen zum Tode“ vor.

Äußerst bedenklich ist auch der Bereich der sogenannten Kleinwaffen (Waffen, die von ein oder zwei Personen getragen werden können). Ihr Name wirkt verharmlosend, denn entgegen der allgemeinen Annahme sind die „Kleinwaffen“ die schlimmsten aller Massenvernichtungswaffen. Von zehn Toten auf den Schlachtfeldern in aller Welt kommen allein sechs durch Gewehrschüsse ums Leben. Gegenwärtig entwickelt und produziert Heckler & Koch eine völlig neue, wesentlich treffgenauere Generation von Handfeuerwaffen. Die Bundeswehr und die spanischen Streit-

TO-Partner in der Türkei fällt in eine Zeit, da sich die Menschenrechtslage in der Türkei entgegen aller Regierungsverlautbarungen erneut verschlechtert hat. Amnesty International verweist auf „anhaltende Berichte über Folterungen und Mißhandlungen im Polizeigewahrsam und über die Anwendung exzessiver Gewalt gegenüber Demonstranten“. Und für das Jahr 2005 muß eine Intervention türkischer Streitkräfte in den Nordirak befürchtet werden, wie Regierungskreise in Ankara jüngst verlautbaren ließen. Mit diesem – wohlgehemmt völkerrechtswidrigen – Grenzübertritt will die türkische Regierung ein unabhängiges Kurdistan verhindern.

Inwiefern, so muß man sich fragen, kann die Türkei den Status eines EU-Beitrittskandidaten erhalten, wenn die türkische Rüstungsindustrie wiederholt Verträge im sensiblen Bereich der „Kleinwaffen“ bricht, türkische Sicherheitskräfte Menschenrechte massiv verletzen und die türkische Armee in einem Nachbarstaat intervenieren will? Diese Frage interessiert die Schröder-Fischer-Regierung allenfalls marginal. Zwar gilt es, die eigene Parteibasis ruhig zu stellen, und so darf auch ein grüner Bundestag gegen Panzerlieferungen an Ankara stimmen – Folgen haben derartige Beschlüsse jedoch nicht. Über die Opfer dieser Politik schweigt man lieber, heute gilt Appeasementpolitik um des Machterhalts Willen. Angesichts der Vertragsbrüche, Menschenrechtsverletzungen und Interventionsgelüste kann die Forderung an Rot-Grün nur die eigene von 1998 sein: „Stoppt die Waffenexporte in die Türkei!“ – und zwar sofort.

Jürgen Grässlin ist Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Sprecher der Kritischen Aktionären DaimlerChrysler (KADC), Sprecher Deutsches Aktionsnetz Kleinwaffen Stoppen (DAKS), Vorstandsmitglied Rüstungsinformationsbüro (RIB e.V.) und Buchautor. Zuletzt verfaßte er das Buch „Versteck dich, wenn sie schießen“ über die Opfer deutscher Rüstungsexporte. Kontakt: j.graesslin@gmx.de

Woche für Woche Antikriegszeitung



**UZ -
Zeitung der DKP**

Jetzt kostenlos Probe-Kopie bestellen beim
CommPress-Verlag
Hoffnungstraße 14, 45127 Essen

Oder im Internet schnuppern
www.unsere-zeit.de

Libyen und deutsche Begehrlichkeiten

Das deutsche Energieunternehmen Wintershall AG will mit der libyschen National Oil Company (NOC) auf dem Gassektor enger zusammenarbeiten und so die deutsche Abhängigkeit von Lieferungen der Russischen Föderation verringern. Wie der Vorstandsvorsitzende der BASF-Tochter Wintershall, Reinier Zwitserloot, im Anschluß an die Libyenreise mit dem deutschen Kanzler mitteilte, will das deutsche Unternehmen „in großem Stil in Libyen Gas explorieren und fördern«. Wintershall

gehört auf dem Erdölsektor mit Investitionen von rund 1,2 Milliarden Dollar bereits heute zu den führenden ausländischen Produzenten in dem nordafrikanischen Land und plant weitere Investitionen im Umfang von 400 Millionen Dollar. Die jetzt angekündigte Gas-Kooperation mit der NOC soll nach dem Vorbild der „Partnerschaft« mit dem russischen Gasmonopolisten Gazprom erfolgen und Wintershall die Vermarktung libyschen Erdgases in Europa sichern. Dadurch könne man zugleich unabhängiger von

russischem Erdgas werden, heißt es bei Wintershall.

Die Annäherung Libyens, die bereits in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre begonnen hat, führt zu weitergehenden Begehrlichkeiten der Berliner Außen- und Wirtschaftspolitik. Deutsche Industrie- und Finanzverbände kündigen eine „Finanzierungskonferenz zur Region Nordafrika Mittelost« an, die „operativen Fragen« von „Exportvorhaben und Investitionen in der Region« dienen soll (siehe auch Kurznachrichten auf dieser Seite).

Die deutsch-libysche Energiekooperation wird durch weitere lukrative Aufträge Libyens an deutsche Unternehmen ergänzt. Während des Kanzler-Besuchs unterzeichnete der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Dittmar Staffelt, einen Kooperationsvertrag auf dem Elektrizitätssektor, der dem deutschen Siemens-Konzern Aufträge im Wert von rund 180 Millionen Euro verschafft. Vor Bundeskanzler Schröder hatten bereits die Regierungschefs Spaniens, Italiens und Großbritanniens Tripolis besucht und über entsprechende Vergünstigungen für ihre nationalen Konzerne verhandelt. Berlin sieht sich dabei in einer privilegierten Position; schon heute sei Libyen der Standort mit den meisten deutschen Investitionen in ganz Nordafrika, heben Berliner Diplomaten hervor.

Wie die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in einer kürzlich erschienenen Studie schreibt, begann die Wieder-Annäherung zwischen Tripolis und Berlin bzw. Brüssel bereits in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre und führte 1999 zur Aufnahme Libyens als Beobachter in den „Euro-Mediterranen Partnerschafts-Prozess“. Von Interesse für Berlin ist Tripolis auch wegen seiner maßgeblichen Rolle bei der Integration Afrikas, die seit 1999 einen der Schwerpunkte der libyschen Außenpolitik bildet. So beruht die offizielle Gründung der Afrikanischen Union (AU), die von Berlin als Partner bei der Umsetzung der deutschen Afrika-Pläne betrachtet wird, zu einem guten Teil auf libyschem Engagement. Das Panafrikanische Parlament, das sich am Europaparlament orientiert, wurde im März 2001 in der libyschen Stadt Mirta gegründet. Eine wichtige Entscheidung für die Annäherung Libyens an die westlichen Industriestaaten fiel, als Staatsschef Gaddhafi im Juni 2003 den in den USA ausgebildeten neoliberalen Ökonomen Shukri Ghanem zum Ministerpräsidenten machte. Gegenwärtig gehe es darum, daß sich Libyen „so nah wie möglich an Europa annähern müsse«, erklärt der deutsche Kanzler.

Die unmittelbare Zusammenarbeit zwischen den zivilen Industrieverbänden und der Rüstungswirtschaft hatte der deutsche Außenminister bereits auf der „Sicherheitskonferenz« 2004 gefordert, um Nordafrika auf beiden Gebieten den westlichen Industriestaaten zu unterstellen. Die Umsetzung dieses Plans durch offene Einbeziehung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) läßt die Verschmelzung zivilwirtschaftlicher und rüstungspolitischer Strategien der deutschen Außenpolitik binnen weniger Monate auch im Maghreb Gestalt annehmen.

Quelle: www.german-foreign-policy.com

Gegen Industrie- und Banken-Konferenz in München

In Kooperation mit der NATO-Sicherheitskonferenz veranstalten der Bundesverband der Deutschen Industrie und der Bundesverband der deutschen Banken am Freitag, 11. Februar 2005, in München eine „Finanzierungskonferenz zur Region Nordafrika Mittelost“. Mitveranstalter sind die Weltbank-Gruppe und die Europäische Investitionsbank. Erwartet werden „bis zu 250 Vertreter von Unternehmen, Banken und Politik“. Das offizielle Motto der Finanzierungskonferenz „Mehr Sicherheit durch Investitionen“ deckt sich mit einem der Schwerpunkte der NATO-Sicherheitskonferenz 2005: „Die wechselseitige Beziehung von wirtschaftlicher Entwicklung und Sicherheit“. Die ökonomische Expansion der deutschen Wirtschaft soll mit den militärpolitischen Planungen abgestimmt werden. Libyen und die Maghreb-Staaten gelten als geeignete Abnehmer für militärtechnische Produkte, die unter anderem gegen afrikanische MigrantInnen eingesetzt werden.

Für den Abend ist die Beteiligung an Eröffnungsempfang der NATO-Militärtagung im Bayerischen Hof vorgesehen.

Die globalisierungskritische und Antikriegsbewegung plant im Rahmen der Proteste gegen die NATO-Militärtagung Aktionen gegen diese Finanztagung: 17.00 Uhr vor dem Dorint Sofitel Hotel am Hauptbahnhof

EADS-Werbekampagne

Seit Oktober 2004 schaltet der EU-Rüstungsriese EADS in Printmedien ganzseitige Anzeigen. Vorgestellt wird jeweils eine sympathische Person mit der Eingangszeile „Ich bin EADS“. Beispielsweise Reiner Marschlich, der auf dem Bild in einen Apfel beißt und sich präsentiert mit: „Ich bin Projektleiter für das unbemannte Aufklärungsflugzeug EuroHawk.“ Alles klingt zivil: „Der Eurohawk fängt in Krisengebieten Funksprüche ab und spürt Radarsender auf... Ich schätze die Zusammenarbeit mit meinen Kollegen von Northrop Grumman, weil uns die Begeisterung für die Luft- und Raumfahrt verbindet.“ Das Werbelogo lautet: „EADS. The step beyond“. Letzteres läßt sich übersetzen mit „Der Schritt über die Grenzlinie“. Das kommt der Wahrheit näher.

Bald Panzerbau-Fusion?

Nach dem EU-weiten Zusammenschluß der militärischen Luft- und Raumfahrtkapazitäten zur EADS, nach den Vorbereitungen zu einer „EDS zur See“ (u.a. HDW und Thales) und parallel zu Diskussionen über einen Zusammenschluß der Hersteller von Militärjet-Triebwerken (MTU, Snecma, Fiat Avio) wurde Ende November der Startschuß für Fusionen im Panzerbau gegeben. Die Familie Röchling stieg beim deutschen Panzerbauer Rheinmetall aus. Bei Analysten wird dies als „Auftakt für einen mittelfristigen Zusammenschluß der deutschen Panzer-Bauer, vor allem von Rheinmetall und Krauss-Maffei Wegmann (KMW) gewertet. Der nächste Schritt wäre eine EU-weite Panzerbau-Konzentration. Hier sind noch tätig die staatliche französische Hersteller Giat und Oto-Melara in Italien.

Friedenskoordination Berlin (FRIKO): Aufruf zum 60. Jahrestag der Befreiung – 8. Mai 2005



8. MAI 2005
60. Jahrestag der Befreiung

Konfliktlösung werden zielgerichtet demontiert. Es ist heute möglich, daß Staaten und ganze Militärbündnisse das Völkerrecht brechen, wie dies im Überfall auf die Bundesrepublik Jugoslawien und auf die Republik Irak geschehen ist, ohne daß dies auch nur im Ansatz sanktioniert wird.

- Die Verpflichtung zu Rüstung und Kriegsbereitschaft soll Bestandteil der EU-Verfassung werden.

- Mit den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ von 2003 verfügt Deutschland nun wieder über eine aggressive, expansionistische Militärdoktrin. Parallel dazu wird die Bundeswehr zu einer weltweit einsatzfähigen Interventionsstruppe aufgebaut.

- Deutsche Konzerne haben nach 1989 nicht nur viele ihrer Kriegsziele von vor 60 Jahren erreicht. Im Rahmen neuer ökonomischer Bündnisse melden

sie darüber hinaus als global operierende Kapitalgesellschaften wieder weltweiten Einfluß an.

- Im Lande selbst wird ein massiver Abbau von Demokratie, Bürgerrechten, rechts- und sozialstaatlichen Standards durchgesetzt. Gewerkschaftliche Rechte werden auf breiter Front angegriffen und beseitigt. Damit wächst rapide die Zahl derjenigen, für die Kultur und Zivilisation an Bedeutung verlieren, weil sie für sich ohnehin keinerlei Möglichkeit sehen, daran teilzunehmen.

- Vieles weist darauf hin, daß die Tendenz zu einer antidemokrati-

schen, einer die Zivilisation verneinenden und vernichtenden Entwicklung kein Einzelfall und kein Zufall ist, nicht in der Vergangenheit und auch heute nicht. Diese Tendenz ist vielmehr im Wesen der „abendländischen Gesellschaft“ selbst begründet.

- Es gibt eine geschichtliche und menschenrechtliche Verantwortung, sich dieser Tendenz zu einer antidemokratischen, die Zivilisation verneinenden und vernichtenden Entwicklung entgegenzustellen, Vieles verweist darauf, daß es dafür auch Ansätze der Opposition, des Widerstands gibt.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung ist der 60. Jahrestag der Befreiung im Jahre 2005 alles andere als ein Datum historischer Erinnerung. Er ist für uns viel mehr ein Anlaß, darüber nachzudenken, woher der Faschismus kam, warum er in der Vergangenheit nicht aufgehalten werden konnte. Diese Überlegungen sollen die Ausgangsbasis bilden, um heute Strategien und notwendige Schritte einer wirksamen, eingreifenden Politik zu bestimmen.

Antifaschismus in der Vergangenheit hat sich immer aus unterschiedlichen Wurzeln gespeist. Gerade in Deutschland hat es lange – zu lange gedauert, bis sich diese unterschiedlichen Strömungen zu einer übergreifenden antifaschistischen Bewegung zusammengefunden hatten.

Wenn sich hier Vertreter unterschiedlicher politischer, weltanschaulicher und sozialer Bewegungen, Initiativen, Organisationen zusammenfinden, um gemeinsam den 60. Jahrestag der Befreiung vorzubereiten, dann auch aus der Überzeugung heraus, daß es dringend notwendig ist, alles zu unternehmen, um das Erstarken rechter Entwicklungen in Deutschland zu bekämpfen.

Der 8. Mai 2005, das ist der 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Was auf den ersten Blick den Eindruck eines historischen Datums macht, das ist auf den zweiten Blick von alarmierender Aktualität.

Beunruhigend vieles von dem, was nach 1945 überwunden war oder überwindbar schien, hat sich wieder zurückgemeldet und prägt erneut unsere Gegenwart.

- Drohungen mit militärischer Gewalt, militärische Einsätze und Angriffskriege sind wieder zu „legitimen“ Mitteln der herrschenden Politik geworden.

- Die nach 1945 installierten Instrumentarien dialogorientierter

Ich/wir unterstütze/n diesen Aufruf

Name _____

Organisation _____

Kontaktadressen: frikomail@freenet.de; laurawimmersperg@t-online.de; Laura v. Wimmersperg, Tel.: (030) 782 33 82

-Anzeige-

Plakat gesucht!

„8. Mai 2005 – 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus“

Wettbewerb – 1 Preis: 250 Euro
Einsendeschluss: 29. Januar 2005

Teilnahmebedingungen bitte erfragen unter: 030/8592909 (Sigrun Steinborn) petfcng@t-online.de

V.i.S.d.P.: Laura v. Wimmersperg/Arbeitsgruppe 8. Mai 2005

-Anzeige-

Nein zum Krieg - Ja zum gerechten Handel

Schließt den Handel mit Waffen und Munition aus dem Handel. Bitte unterstützen Sie den Handel und die Produktion.

Mit jedem Kauf und mit jeder Münze die Produktion um 1 Euro weniger. Die Produktion und der Handel sind wichtiger als die Produktion und der Handel.

Für mehr Informationen besuchen Sie unsere Website: www.fairworldimpactbank.de

Fair World Impact Bank



Befreiung von Auschwitz 1945

60 Jahre nach Auschwitz – Der geschichtlichen Wahrheit stellen

von Eckart Spoo

Alljährlich am 27. Januar wird der Befreiung von Auschwitz gedacht, 2005 zum sechzigsten Male. Die Gedenkreden werden wieder bekunden, daß der Mord an Millionen europäischer Juden ein schweres Verbrechen war, das sich niemals wiederholen darf. In Berlin symbolisieren jetzt – das Mahnmal nähert sich der Fertigstellung – tausende Betonstelen das Ausmaß des Verbrechens. Man verneigt sich. Aber genügt das? Ist das nicht noch manches zu fragen?

Wer oder was ist denn damals befreit worden? Die polnische Kleinstadt Oswiecim, einst überwiegend von Juden bewohnt, von denen Ende Januar 1945 kaum noch einer lebte? Oder das KZ? Was wäre denn das: ein befreites KZ? Befreit wurden Häftlinge, die noch nicht – wie die meisten – vergast oder auf Todesmärsche geschickt worden, noch nicht an Hunger und Seuchen und am Terror der Zwangsarbeit zugrunde gegangen waren. Einige wenige der Überlebenden leben heute noch. Läßt man sie zu Wort kommen, damit es ein realistisches Gedenken wird? Oder scheut man ihr Zeugnis, weil sie vielleicht ganz konkret darüber sprechen könnten, wem die Fabriken in Auschwitz-Monowitz gehörten, wer an der Zwangsarbeit profitierte, wer heute noch aus der IG Farben i.L. Rendite bezieht?

Auch einige der Befreier leben noch. Lädt man sie dankbar ein? Wenn es Amerikaner wären, hätte man vielleicht nichts gegen ihre Anwesenheit einzuwenden. Aber Sowjetsoldaten? Rotarmisten?

Wer diesen Jahrestag würdig, also ohne Heuchelei begehen will, der muß der vielen Millionen Menschen gedenken, ohne deren Opfer Auschwitz nicht befreit worden wäre – und auch Berlin nicht. An der Befreiung Europas vom Joch des Faschismus waren Menschen aus vielen Ländern und Nationen beteiligt, darunter jugoslawische Partisanen, Männer und Frauen der französischen Resistance, auch – von Anfang an – deutsche Widerstandskämpfer und auch – wenn gleich ich zögere, das zu schreiben – die britischen und amerikanischen Bomberbesatzungen, die Wohnviertel deutscher Städte zerstörten, nachdem die deutsche Luftwaffe Rotterdam und Coventry zerbombt hatte. Auch polnische Kämpfer trugen dazu bei, teilweise eingegliedert in britische und sowjetische Truppen. Die weitest aus größte Kraftanstrengung aber leisteten die Völker der 1941 von der

Nazi-Wehrmacht überfallenen Sowjetunion. Sie widerstanden den Aggressoren vor Moskau und in Stalingrad, sie trotzten der Blockade Lenins (was allein etwa einer Million Zivilisten und Soldaten das Leben kostete), sie befreiten Weißrußland (wo etwa ein Viertel der Bevölkerung durch Krieg und Besatzungsterror vernichtet wurde), und kurz vor dem Ziel Berlin, dem Zentrum des Nazi-Imperiums, verbluteten noch Zehntausende an den Seelower Höhen. Hat, um nur bei dem einen Beispiel zu bleiben, am 1. Juli 2004 irgendwo in der deutschen Presse ein noch so kleiner Hinweis auf den 60. Jahrestag der Befreiung von Minsk gestanden, den weißrussischen Nationalfeiertag?

Die Befreiung von Auschwitz aus diesem Zusammenhang herauszulösen, heißt die Geschichte zu verfälschen. Die ersten, die in Auschwitz vergast wurden, waren sowjetische Kriegsgefangene. Ähnlich war Bergen-Belsen 1941/42 zuerst ein Lager für gefangene Rotarmisten, die das Nazi-Regime zu Zehntausenden ohne Nahrung unter freiem Himmel krepieren ließ (viele Menschen aus den Nachbarorten kamen sonntags, um dem Massensterben zuzusehen), bevor dort 1943 ein Konzentrationslager hauptsächlich für Juden errichtet wurde.

Der Massenmord an den europäischen Juden wird nicht kleiner, wenn wir ihn im historischen Kontext sehen. Im Gegenteil: Der verbrecherische Charakter des Nazi-Regimes wird unerträglich heruntergespielt, wenn man sich an deutschen Stammtischen auf die Formel verständigt: „Das mit den Juden, das hätte Hitler nicht tun dürfen.“ Als hätte ein ansonsten akzeptabler deutscher Politiker einen Fehler gemacht. Und als könnte man diesen Fehler einfach dadurch wiedergutmachen, daß man sich mit den in Israel regierenden Nationalisten und Militaristen verbündet und sie mit Geld und Waffen unterstützt.

Aus der Geschichte von Faschismus und Antifaschismus leite ich den Auftrag ab, dem weiterhin virulenten Herrenmenschentum entgegenzutreten, was immer es hervorbringt. Dem US-amerikanischen Herrenmenschentum, wie es im Irak wütet. Auch dem Herrenmenschentum mancher Israelis – vor allem führender Militärs – gegenüber Arabern. Und dem Herrenmenschentum hier in Deutschland, wo unsere politische Hauptverantwortung liegt, weil wir Bürgerinnen und Bürger dieses Landes sind.

Der herrische Anspruch, anderswo („da unten“) „Ordnung zu schaffen“,

erschallt wieder allzu oft und stößt auf allzu wenig Widerspruch. Vielfach kommt er scheinbar zivilisiert in solchen Formulierungen daher wie: „Wir Deutsche müssen wieder mehr Verantwortung übernehmen“ – gemeint sind Militäreinsätze, Machtübernahme.

Üble Geschichtsverhöhnung ist es, wenn das Gedenken an Auschwitz ausgerechnet dazu mißbraucht wird, neue völkerrechtswidrige Militärationen zu rechtfertigen, wie es 1999 Außenminister Fischer und der damalige Verteidigungsminister Scharping zu Beginn der NATO-Aggression gegen Jugoslawien getan haben. Die deutsche Kriegspropaganda ernannte den jugoslawischen Staatspräsidenten Milosevic zum „neuen Hitler“ und behauptete u.a., „die Serben“ hätten aus dem Stadion der Kosovo-Hauptstadt Pristina ein KZ gemacht, nicht zurückgenommen, nicht dafür um Entschuldigung gebeten – auch nicht gegenüber den Überlebenden des KZ Auschwitz, die sofort protestiert hatten. Daß Scharping mit Bundeswehr-Soldaten nach Auschwitz gereist war, um sie gleichsam mit dem Segen dieses Ortes zu versehen, bevor er sie gegen das damit zum dritten Mal innerhalb eines Jahrhunderts von deutschen Truppen angegriffene Jugoslawien losschickte, war eine unentschuldbare Schändung dieser Holocaust-Gedenkstätte.

Des Faschismus und des Antifaschismus zu gedenken, fordert von uns, daß wir uns der geschichtlichen Wahrheit stellen. Das ist leider alles andere als selbstverständlich. Im Gegenteil: Manche Gedenkstätten in Deutschland werden jetzt so umgestaltet, daß das Gedenken an die Nazi-Verfolgten überdeckt wird vom Gedenken an ihre nach der Befreiung dort internierten Peiniger. Die „Verangenheitsbewältigung“ – ein in den 60er und 70er Jahren in Westdeutschland gebräuchliches Wort – war von vornherein zumeist Geschichtsverdrängung. Ohne den Glücksfall, daß in den 60er Jahren der aus der Emigration zurückgekehrte Jude und Sozialist Fritz Bauer hessischer Generalstaatsanwalt war, wäre der Frankfurter Auschwitz-Prozeß schwerlich zustande gekommen.

Mit Vertretern mehrerer Frankfurter Jugendverbände reiste ich damals nach Auschwitz. Bis dahin waren kaum Besucher aus Westdeutschland dort gewesen – es herrschte ja Kalter Krieg. Ich sah die Berge leerer Kof-

fer, abgeschnittener Haare. Ich sah die Schwarze Wand, vor der viele Häftlinge erschossen worden waren. Ich hielt es in der Gruppe nicht aus, sonderte mich ab, ging über die große Wiese in Richtung Weichsel. Ein Mitarbeiter der Gedenkstätte begleitete mich. Zwischen meinen Füßen sah ich aus dem Rasen etwas herausragen. Ich bückte mich und zog einen Kaffeelöffel aus Blech aus dem Boden. Ja, sagte mein Begleiter, man findet hier noch viel. Mir fiel auf, wie weich der Boden war; ich

sagte es ihm. Er forderte mich auf, einen Finger in den Boden zu stecken. Oder den Löffel. Ich tat es. Lauter weißer Staub kam zum Vorschein. Es war Asche. Menschenasche. Ich konnte nicht weitergehen. Auch nicht zurück. Nicht auf diesem Boden. Er nahm mich am Arm. Ein ehemaliger Häftling.

Eckart Spoo ist Mitherausgeber der Zweiwöchenschrift „Ossietzky“

Antikriegskongreß in München

Immer deutlicher wird das strategische Verhältnis von sozialen Angriffen nach innen und imperialer Kriegspolitik nach außen: Agenda 2010 und Hartz IV, die Abschottung der Grenzen, der Krieg gegen Flüchtlinge, Folter, Zwangsprostitution, neokoloniale Besatzungs- und Sonderwirtschaftszonen. Der Münchner Kongreß möchte die Debatte über den Zusammenhang zwischen sozialer Demontage, militärischer Interventionspolitik und Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben, von Süd nach Nord und das patriarchale Geschlechterverhältnis als globale Grundlage für Ausbeutung und Unterdrückung weiter entwickeln.

Die Auftaktveranstaltung am **Freitag** hat das Motto „Gegen soziale Demontage und globalen Krieg intervenieren“.

Am **Samstag** stehen in mehreren Foren unter anderem die Asyl- und Migrationspolitik in der BRD und EU und der antimilitaristische Widerstand gegen die EU-Kriegspolitik auf dem Programm.

Am **Sonntag** wird es gemäß des Titels „Der Kampf um die Köpfe - wie der Krieg nach Hause kommt“ um die Medien gehen und am Ende steht ein Ausblick auf das Jahr 2005.

Antikriegskongreß in München im DGB-Haus
14./15./16. Januar 2005

Infos und Anmeldung im Kongreßbüro:
Tel. 089 - 44 22 97 58 (Mo.-Fr. 13 - 17 Uhr)
e-mail: anti-kriegs-kongress@gmx.de

Münchner Friedenskonferenz

Freitag, 11.2.05, 19.30 Uhr (voraussichtlich im alten Rathaus)
Internationales Forum · Schirmherr und Grußwort: Prof. Hans-Peter Dürr
Themen:

I. Feindbild „Islamismus“ (Horst Eberhard Richter, IPPNW)
(Instrumentalisierung des Islams in der aktuellen sicherheitspolitischen Diskussion)

II. Perspektive globale Gerechtigkeit (N.N.)
(Globalisierung, Kriegsursachen und nichtmilitärische Konfliktaustragung)

III. Europa – eine neue Supermacht (Gerald Oberansmayer, Friedenswerkstatt Linz)
(Positive Handlungsmöglichkeiten gegen die Militarisierung der EU)

Samstag, 12.2.05, vormittags (EineWeltHaus München):

Diskussionsforen bzw. Workshops

Globalisierung und Krieg

EU-Verfassung

„Atomwaffenfrei bis 2020“

Trägerkreis: Münchner Friedensbündnis und Münchner Friedensbüro e.V./DFG-VK Landesverband Bayern/Christen in der Region München/Pax Christi München/NaturwissenschaftlerInneninitiative Verantwortung für Friedens- und Zukunftsfähigkeit/Kreisjugendring München
Kontakt: DFG-VK Bayern, Tel 089 - 89 62 34 46; Fax 089 - 834 15 18 E-Mail: muenchen@dfg-vk.de Aktuelle Informationen unter www.dfg-vk.de/sicherheitskonferenz